

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 30.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 29. Juli 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliusstr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Arefeld. Tel.-Nr. 1353. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Taten!

Was du geträumt in grüner Jugend,
Das mache wahr durch Männer-Tugend —
Die frühesten Träume täuschen nicht.
Doch wisse, Träume sind nicht Taten:
Ohn' Arbeit wird dir nichts geraten.
Die Tugend trägt ein ernst Gesicht.

Arndt.

Agitationsarbeit.

Die jetzige Jahreszeit ist für die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht günstig. Die sommerliche Wärme lockt ins Freie. Ausflüge, Vereinsfestlichkeiten aller Art nehmen den Arbeiter in Anspruch. Die gewerkschaftliche Werbearbeit ruht. Speziell der Unorganisierte ist für den Organisationsgedanken jetzt weniger zu haben als sonst. Trotzdem braucht auch diese Zeit für den Verband nicht nutzlos zu verstreichen. Sie kann zur Veranstaltung von Konferenzen benutzt und verwendet werden. Dann aber können auch die Ortsgruppen selbst manches tun zur Erhaltung des vorhandenen Mitgliederbestandes. Sie können weiter schon mit den Vorarbeiten für die kommende Herbst- und Winteragitation beginnen. Diese Gedanken sind es, die uns veranlassen, einige früher schon öfters betonte Agitationsmöglichkeiten wieder in Erinnerung zu bringen.

Zunächst ist es Pflicht der Ortsgruppen, der gerade jetzt eintretenden

Mitgliederakquisition

entgegenzuwirken. Wie ist dies möglich? Vor allem gilt's, den gewerkschaftlichen Geist lebendig zu erhalten. Durch gewöhnliche Mitglieder- oder Agitationsversammlungen ist das nicht leicht möglich. Vielleicht tut's aber ein gemeinsamer Ausflug, ein gemütliches Zusammensein an einem Sonntagsabend oder eine größere Demonstration mehrerer, nahe zusammenliegender Ortsgruppen. Selbstverständlich muß bei all diesen Veranstaltungen der oben erwähnte Zweck im Auge behalten werden.

Das allein genügt aber nicht. Es müssen die austretenden Mitglieder auch aufgesucht und bearbeitet werden. Eine schöne Aufgabe für unsere Agitationskommissionen. Meist sind es gerade die neugewonnenen Mitglieder, die fähigst werden. Ein aufklärendes, ermunterndes Wort vermag da viel zu erreichen. Bedenken wir doch, wieviel Mühe und Arbeit es gekostet hat, die Mitglieder zu gewinnen. Sollen wir dieselben da so leichten Herzens wieder preisgeben? Nein, jede Ortsgruppe muß es sich zur Ehrenpflicht machen, das einmal Erworbene auch zu halten.

Eine für den nächsten Herbst und Winter vorzubereitende Arbeit ist die

Jugend- und Arbeiterinnenagitation.

Wir haben vorigen Herbst und Winter eine allgemeine Haus-, Fabrik- und Vereinsagitation vorgenommen. Mit außerordentlich gutem Erfolge. Sie allgemein in derselben Form zu wiederholen, wäre trotzdem nicht ratsam. Dort, wo nichts getan oder die Agitation nur ungenügend vorbereitet wurde, möge man in sich gehen und das Versäumte nachholen. Im übrigen aber wird es zweckmäßiger sein, zu spezialisieren. Greifen wir das Gebiet der Jugend- und Arbeiterinnenagitation heraus und bearbeiten wir dies mal recht gründlich. Die Gewinnung der Jugend und der Arbeiterinnen

bildet für die materielle Hebung unserer Lage eine unerläßliche Voraussetzung, für den Verband eine Lebensfrage. Weitere Gründe für die Zweckmäßigkeit dieser Agitationsarbeit brauchen wir nicht anzuführen. Das ist in letzter Zeit ausgiebig genug geschehen. Wie wir diese Agitation am erfolgreichsten betreiben können, darüber demnächst mehr. Heute sei nur einiges vorweggenommen. Benutzen wir die jetzige stille Zeit zur Propaganda für die Gründung konfessioneller Jugend- und Arbeiterinnenvereine. Dort, wo bereits solche Vereine bestehen, suchen wir Verbindungen anzuknüpfen, gem einsame Besprechungen mit den betreffenden Vereinsleitungen herbeizuführen. Vielleicht empfiehlt es sich auch, gelegentlich eine Flugblattverteilung unter den jugendlichen Arbeitern und den Arbeiterinnen vorzunehmen. Auf diese Weise arbeiten wir vor. Wir lockern den Boden und streuen Samen, der gewiß wieder Früchte bringen wird.

Wichtig ist dann auch die

Spezialberufsagitation,

die wir bei der Gelegenheit recht warm empfehlen möchten. Vergessen wir hierbei besonders jene Berufe nicht, die in unserem Verbandsgebiet noch zu schwach vertreten sind. Vor allem die in den Spinnereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Unter diesen haben wir bis jetzt zu wenig Eingang gefunden, trotz den sehr verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Nehmlich liegen die Dinge bei den Druckerei-, Färberei- und Appreturarbeitern. Mancherlei Schwierigkeiten, die einzeln zu nennen hier zu weit führen würde, haben bisher die Agitation unter diesen Berufsgruppen ungünstig beeinflusst. Und trotzdem, es kann und muß in Zukunft mehr geschehen, um auch diese Berufsarten mehr und mehr für uns zu gewinnen. Unser Verband ist ein Zentralverband und soll möglichst alle in der Textilindustrie vertretenen Berufe umfassen. Die vorgenannten Arbeiterkategorien bilden zudem einen so erheblichen Bruchteil der Textilarbeiterschaft, daß schon aus diesem Grunde die größten Anstrengungen zu deren Gewinnung am Platze sind.

Ein gutes Mittel, die Spezialberufsagitation erfolgreich zu betreiben, sind die

Branchenversammlungen und -Besprechungen,

die überall dort, wo solche gut vorbereitet und ausgenutzt wurden, schöne Erfolge zeitigten. Mit allgemeinen Betriebsversammlungen ist sehr oft wenig zu machen. Sie besitzen nicht genügend Zugkraft. Vor allem in Großbetrieben ist damit wenig zu erreichen. Das ist verständlich. Die Arbeiter stehen sich zu fremd gegenüber. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist zu unentwickelt. Der Glaube an die eigene Kraft zu gering. Hier die Masse unter einen Hut zu bringen, ist vorerst fast ausgeschlossen. Das ist doppelt schwer in Betrieben mit verschiedenen Abteilungen, z. B. in Spinnereien. Da hat jede Abteilung neben den allgemeinen wieder ihre Sonderwünsche und Sonderinteressen. Greift man aber eine dieser Abteilungen, zunächst vielleicht jene, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes unentbehrlich und nicht leicht anderweitig zu besetzen ist, heraus und macht man deren spezielle Wünsche und Interessen zum Gegenstand einer Besprechung, so ist weit eher auf Erfolg zu rechnen. Auch für mittlere und selbst für kleinere Betriebe empfiehlt sich die Anwendung dieser Taktik.

Die Branchenversammlungen und -Besprechungen setzen aber wieder ein gut ausgebautes System der

Fabrikvertrauensmänner

voraus. Und zwar gilt's, möglichst für jede Abteilung einen solchen zu gewinnen. Als Fabrikvertrauensmänner sind die tüchtigsten, einfluß-

reichsten und möglichst mit etwas Fachkenntnis ausgerüsteten Personen gerade gut genug. Der Fabrikvertrauensmann hat die Verhältnisse in der ihm unterstellten Abteilung zu erforschen, alle Vorgänge aufmerksam zu verfolgen und dem Ortsgruppenvorstand, resp. dem Bezirksleiter, fortlaufend Bericht zu erstatten und ihn mit dem nötigen Material zu versehen. Er hat auch das Organisationsverhältnis festzustellen und die Adressen unorganisierter und vor allem auch neu eintretender Arbeiter ausfindig zu machen. Auf diese Weise wird ein rasches Eingreifen unsererseits bei auftretenden Mißständen oder beabsichtigten Verschlechterungen möglich. Das hebt das Vertrauen zur Organisation und begünstigt die Agitation für unsern Verband. Der Fabrikvertrauensmann schafft aber auch die Möglichkeit, an die in den einzelnen Abteilungen noch vorhandenen Unorganisierten heranzukommen und sie dem Verbandsverbande zuzuführen.

Ein gut ausgebautes Fabrikvertrauensmannsystem gibt auch eine geeignete Grundlage zur

Branchenkonferenzen,

die von uns in Zukunft ebenfalls mehr gepflegt werden müssen. Sollen solche aber Zweck haben, die Kosten lohnen und die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen, so müssen sie auch entsprechend vorbereitet sein. Vor allem muß in den Einzelbetrieben der betreffenden Branchen das nötige Material gesammelt und gesichtet werden. Wie oben dargelegt, eine Aufgabe der Fabrikvertrauensmänner. Dann wird es sich empfehlen, daß zunächst mal die Vertreter eines engeren Bezirks zusammentreten, ihre Erfahrungen austauschen und auf Grund des schon vorhandenen und vom Bezirksleiter oder von der Zentralleitung bereits verarbeiteten Materials ein einheitliches Vorgehen bezüglich der Lohnsätze, der Lohnberechnung und dergleichen aufstellen. Darauf können sich dann die Landeskongressen aufbauen. Selbstverständlich ist, daß die Veranstaltung solcher Konferenzen stets im Einverständnis mit dem Zentralvorstand zu erfolgen hat, wie dieser sich auch vorbehält, für einzelne Branchen selbst die Anregung hierzu zu geben.

Jedoch wird der Zentralvorstand dann jedesmal gerne seine Zustimmung und Unterstützung zu solchen Konferenzen geben, wenn sie wirklich erfolgversprechend und namentlich durch Sammlung entsprechender Materials gut vorbereitet sind. Nur dann haben sie Wert, aber dann auch einen außerordentlich großen. Sie bringen uns nicht nur neue Mitglieder, sondern sie gewähren uns auch einen besseren Einblick und genauere Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse des betr. Berufs in dem Bezirke. So sind Vergleiche mit anderen Berufen und Bezirken möglich und bekommen wir die Mittel in die Hand zur Hebung der Lage der betr. Arbeiter. Mit solchen zahlenmäßigen und vergleichswweisen Uebersichten müssen wir in Zukunft viel mehr arbeiten.

Bekanntlich und befolgen wir das vorstehend Gesagte. Sorgen wir dafür, daß uns nicht jetzt wieder durch Laune und Gleichgültigkeit ein Teil der Mitglieder verloren geht, die wir so mühsam gewonnen haben. Im Gegenteile, weiter vorwärts sei unsere Parole. Treffen wir jetzt schon die Vorbereitungen zu einer intensiven Herbst- und Winteragitation. In Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen mögen die erwähnten Agitationsmöglichkeiten erörtert und, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, zu einem festen Agitationsplan verdichtet werden. Der nächste Herbst muß uns zur Arbeit bereits gerüstet finden. Mit Energie und zäher Ausdauer wollen wir dann mit vereinter Kraft der Bewirklichung des gesteckten Zieles zustreben:

den 50000 entgegen!

Sozialdemokratische „Wahrheitsliebe“.

(Ein Beitrag zum Verhalten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes gelegentlich der Aussperrung im Münsterlande.)

Im Münsterlande ist in den inbetracht kommenden Orten des Aussperrungsgebietes wieder ziemliche Ruhe eingetreten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse lagen in diesem vom Verband münsterländischer Textilindustrieller und aufgedrungenen Kampfe für uns nicht günstig, dagegen sprach die moralische Seite des Kampfes zu unseren Gunsten. Wenn auch materiell die Beendigung der Bewegung nicht die Erfüllung sämtlicher Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Kolt u. Co. in Geseßfeld brachte, so ist doch immerhin ein großer Teil derselben bewilligt worden. Und als dann weiterhin der Verband münsterländischer Textilindustrieller — der Wahrheit zuwider — die unterchristliche Erklärung verlangte, daß durch den ganzen Kampf von A bis Z nichts erzielt worden sei, nahmen wir zur Wahrung unserer Organisationschre die Aussperrung auf uns. Der Arbeitgeberverband hat dann auch seine zuerst geforderten Erklärungen zurückgezogen, und in der von der Firma Kolt u. Co. abgegebenen Erklärung ist ausdrücklich enthalten, daß Verbesserungen erzielt worden sind.

Trotzdem es sich um einen schweren Kampf handelte, in welchem unser Verband ernstlich und offen gekämpft hat (die sozialdemokratische Dortmund Arbeiter-Zeitung Nr. 156 spricht in einer Leitartikel sogar von einem „juchenden Kampfe“), hat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, bezw. das Organ genannten Verbandes, in einer Weise gegen unseren Verband und die Organisationsleitung gehandelt, die Ekel und Abscheu einflößen muß. Das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes hat an Unwahrheiten selbst die sozialdemokratischen Parteipresse, w. l. über den Kampf berichteten und bei dieser Gelegenheit die Geschäfte der sozialdemokratischen Partei bezogen wollten, noch in den Schatten gestellt. Sowohl die sozialdemokratische Partei wie der sozialdemokratische Textilarbeiterverband haben es bisher zu größeren Mitgliederzahlen im eigentlichen Münsterland nicht gebracht. Erklärt sich daraus zunächst für einen Gegner, dem in der Polemik anscheinend jedes Mittel recht ist, dieses Verhalten, so kam dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband diese Aussperrung, woran er mit höchstens 300 Mitgliedern (zu 4200—4300 von unserem Verbande) beteiligt war, auch ganz gelegen, um das Interesse seiner Mitglieder von den Mißerfolgen, welche der sozialdemokratische Textilarbeiterverband bei solchen Bewegungen in den letzten Jahren erlitten hat, abzulenken und desto mehr auf unseren Verband „loszuschlagen“.

In Nachfolgendem sei die Kampfmethode des „roten“ Textilarbeiter „eingehender gekennzeichnet. Die Nummern 20, 21, 22, 23, 25 und 26 genannten Organs enthalten meist längere Artikel über die Aussperrung im Münsterlande. Auf alles im einzelnen einzugehen, ist nicht möglich, einerseits, weil der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in den erwähnten Artikeln vielfach vor lauter Schlagworten zu gar keiner Beweisführung kommt und andererseits, weil die „sachliche“ Beweisführung auf einer „kaum zu übertreffenden Höhe“ steht, wie schon eine Blütenlese folgender Ausdrücke, welche in der „Beweisführung“ einen großen Raum einnehmen, ergibt: Christliche Drahtzieher, erlogener Erfolg, einwürdigende Schmach, grandioser Fehlschlag, bedingungslos, Niederlage, Unantheit und Prachtlucht der christlichen Organisation, Verwahrheitung der Wahrheit, christliche Plankamer, erdichteter Scheinerfolg, moralisch ohrfeiges, Maulhelden, Prahler, christliche Arbeitgeber und Glaubensgenossen der christlichen Textilarbeiter, dem Fluche der Sächlichkeit überliefert u.

Der Sinn mehrerer langer Artikel, die von Unmöglichkeit und Verleumdungen geradezu sprechen, ist der: Die Arbeiter der Firma Kolt u. Co. haben in Wirklichkeit keinen Erfolg erzielt, eine solchen lag man den Arbeitern seitens der christlichen Organisation nur vor. „Beweis“ dafür führt man wörtlich die Veröffentlichungen an, welche der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in die Welt gesetzt hat. Wir sehen, um die Quelle, welche der „Textilarbeiter“ zu seiner Beweisführung benutzte, kann man ihn nicht bereiden. Als nun später der Arbeitgeberverband seine zuerst geforderten Erklärungen zurückzog und in der zuletzt den Arbeitern vorgelegten Erklärung doch seitens des Arbeitgeberverbandes ein Erfolg für die Arbeiter indirekt beigegeben wird, erklärt der „Textilarbeiter“: „Was den Arbeitern in dieser Erklärung zugesprochen, konnten sie schon bei Ausbruch des Streiks von der Firma erlangen.“ Was soll man zu solcher Verdrehung und ferner dazu sagen, daß der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ in seiner „Beweisführung“ den Arbeitgeberverband und seinen Zungen anruft, den streikenden Arbeitern, bezw. den Ausschussmitgliedern der inbetracht kommenden Firma, aber keinen Glauben schenkt? Wir wollen diese Quelle, aus der der vom „Textilarbeiter“ benutzten, hier zu Worte kommen lassen und zunächst eine Erklärung des Arbeiterausschusses über eine Bewilligung für alte Unterschlaglinge veröffentlichen:

Erklärung:

Am Donnerstag, den 18. Mai 1911, verlangte auf Anordnung des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller die Firma Kolt u. Co. von den Unterschlaglingen, schriftlich zu bestätigen, daß die bewilligten 15 Pfg. auf den alten Unterschlaglingen bereits vor Einreichung der Kündigung, dem 15. Februar, bewilligt worden seien.

Demgegenüber erklärten die unterzeichneten Ausschussmitglieder, daß die 15 Pfg. auf den alten Unterschlaglingen erst später, nach Ablauf der Kündigung, bewilligt worden sind.

Geseßfeld, den 20. Mai 1911.

B. Rudolf.
H. Schulz.
C. Grabowia.
S. Brünig.

Wir könnten noch mehrere solcher Erklärungen über Bewilligungen einzelner Punkte nebst Angabe des Zeitpunktes der Bewilligung folgen lassen. Das interessanteste (im Vergleich zur Haltung des sozialdemokratischen Verbandes) an diesen Schriftstücken ist, daß wie, wie auch das hier verdrängt, von dem Ausschussmitglied des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes mit unterschrieben sind. Wenn nun trotzdem seitdem von erlogenen Erfolgen so geschrieben wird, so dürfte damit die Methode des „Textilarbeiter“ genügend gekennzeichnet sein.

Angesichts dessen nimmt sich auch geradezu komisch eine Erwiderung in Nr. 22 des „Textilarbeiters“ gegenüber der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ aus, welche in Nr. 21 von zwei großen Niederlagen aus dem Lager der Textilarbeiter berichtet hat. Gemeint waren die Aussperrungen in Hof (Oberfranken) und im Münsterlande. Bei der ersten Aussperrung kommt bekanntlich hauptsächlich der „deutsche“ Textilarbeiterverband inbetracht. Der „Textilarbeiter“ bemerkt der „Arbeiter-Zeitung“ gegenüber, daß es sich im Münsterlande allerdings — im Gegensatz zu Hof — um eine schwere Niederlage und um die von der „Arbeiter-Zeitung“ in letzter Zeit mehrfach gehätselnde „christliche“ Organisation handelte. Unsere Kollegen in Süddeutschland, welche über die Bewegung in Hof genau unterrichtet sind, werden angesichts dieser Leistung des „Textilarbeiters“ jedenfalls gedacht haben: „Wenn Sächlichkeit töten könnte —“

Die Geister, die ich rief

Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse beschäftigte sich in den letzten Tagen wieder mit Vorliebe mit den christlichen Gewerkschaften. Offenbar will man die Aufmerksamkeit von den mehr und mehr auftretenden destruktiven Tendenzen in den eigenen gewerkschaftlichen Organisationen ablenken. Wie weit in diesen solchen Tendenzen dank der von Partei- und Gewerkschaftspresse geleiteten „Erziehungsarbeit“ bereits gediehen sind, ergibt sich daraus, daß selbst die älteste und am besten fundierte, die sozialdemokratische Organisation „von Wehr“, der deutsche Buchdruckerverband, von einer schweren, inneren Krise erschüttert wird. Hervorgehoben wurde sie durch den bekannten Tarifbruch der Scherl'schen Maschinenmeister. Befähigt liegen die Dinge auch in den anderen sozialdemokratischen Organisationen. Überall eine um sich greifende Rebellion der Massen gegen die Führer. Der „Korrespondent“, das Organ des Buchdruckerverbandes, kennzeichnet selbst kürzlich die Situation wie folgt:

„Das aber ist das Niederziehende: gerade in den größten Mitgliedschaften ist die Unselbstständigkeit im Denken und Urteilen bei der Masse am bedenklichsten ausgeprägt. Nicht nur bei uns. Die heftigen Differenzen der Metallarbeiter in Mannheim, Stettin und Hamburg haben es auch klar gezeigt, daß, wenn der von dem radikalen Flügel der sozialdemokratischen Presse verherrlichte Massentaumel ausgebrochen, alle Ueberlegung dahin ist. Seit einem Manne wie August Bebel, der im Jahre 1907 vor die Berliner Bauarbeiter trat und sie in bewegten Worten von einem aus nächster Hand abriet, gelang es nicht, die Masse zu beschwichtigen. Sie beruhigte sich erst dann, als — ihre Niederlage komplett war. Im vergangenen Jahre konnte es unermessliche Mühe, einen respektablen Teil der Bauarbeiter zur Anerkennung der Schiedssprüche zu bestimmen. Es ist mitunter, als ob die Menge sich blindlings in das verderbenbringende Feuer stürzen wolle.“

Auch bei unsern Kollegen scheint das, zum Teil wenigstens, der Fall zu sein, sonst würde man nicht kurz vor der Tarifrevision solche Koppligkeiten begehen. Wer soll nachher den angerichteten Schaden wieder gutmachen? Die angeführten, beschimpften Führer! Sie, die als Mameluden der Unternehmer usw. verschrien, die da ausgelacht werden von Leuten, denen der Mund in der Druderei zugewachsen ist, die weder im Gewerkschaftskampfe noch in der positiven Gewerkschaftsarbeit sich irgendwie betätigt oder hervorgetan haben, aber in den Versammlungen der Held des Tages sind — es ist ja nichts leichter und billiger, als sich recht radikal gebenden! — diese zum Teil gemüthlichen Verhandlungsleiter und Tariffunktionäre sollen also den Karren dann wieder aus dem Dreck ziehen. Ihre Warnungen hat man in den Wind geschlagen, hat auf die Zahl von 6300 Mitgliedern geschaut — als ob in der Zeit der Massenaussperrungen noch ein hoher Mitgliederstand den Massenanschlag gibt! — dann aber heißt es: Samiel, hilf! Man überlege sich noch in zehnter Stunde, in welcher Situation wir uns befinden!“

Nicht nur bei den Buchdruckern, den Metall- und Bauarbeitern, nein, auch im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband machen sich seit längerer Zeit derartige zersetzende Kräfte geltend. Der „Textilarbeiter“ erinnert noch in seiner letzten Nummer an die

„schweren Erschütterungen“, die der Verband 1907 in Krefeld und besonders voriges Jahr in Forst erlebt habe. „Unfähigkeit“ sei immer die mildeste Beischuldigung, die die leitenden Personen zu hören bekämen. Meist aber werfe man ihnen Verrat und ähnliches vor. Ueber die auch heute noch in Krefeld herrschende Stimmung entwirft der „Textilarbeiter“ folgendes recht bezeichnende Bild:

„In Krefeld zum Beispiel haben wir ganz trostlose Zustände bekommen. Dort wüthen eine Anzahl Mitglieder in geradezu fanatischer Weise gegen ihre Organisation. Ein beschämendes Beispiel aus der neuesten Zeit mag beweisen, wie die Dinge dort liegen.“

Der Ausschuss der Forstereiarbeiter hatte beschlossen, einmal ein Referat über die faktischen Maßnahmen halten zu lassen. Er selbst hatte als Thema bestimmt: „Taktik und Disziplin“. Kollege Krüger war erkrankt worden, das Referat zu halten. Als die Versammlung beginnen sollte, wurde der Antrag gestellt, das Thema von der Tagesordnung abzugeben und dafür zu verhandeln über das Thema: „Auf was ist der Mitgliederrückgang der Krefelder Krefeld zurückzuführen?“ Der Begründer des Antrages, ein Forstereiarbeiter jenes Betriebes, dessen Bekanntschaft erst vor einigen Monaten, ohne die Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen, einer Maßregelung wegen Misspfindigkeit die Arbeit niederlegte und dadurch den Tarifvertrag für 2000 Forstereiarbeiter in Gefahr brachte, war ganz entrüstet, daß sie sich einen Vortrag über Disziplin halten lassen sollten. Mit dem anderen Thema sollte natürlich nur besprochen werden, den Kollegen, die sich in Krefeld in leuchtender Stellung befinden und an den Zuständen ganz schuldlos sind, wieder einige saure Sünden zu bereiten. Mit knapper Majorität lehnte die Versammlung den Antrag ab, und nun trat etwas unerhöht Beschämendes ein. Der Antragsteller und ein erheblicher Teil der Versammlung standen unter lebhaften Schimpfereien auf und verließen den Saal. Wir geben das öffentlich bekannt, damit die Kollegenchaft im Lande Kenntnis davon erhält und sich nicht wundert, wenn es sich in ersten Fällen die Organisationsleitung doppelt überlegt, ob sie mit solchen Kollegen schwierige Aktionen unternimmt. Werden die Krefelder Mitglieder nicht Selbsteinteiler halten und dafür sorgen, daß die notorischen Sündenfreier von der Organisation ferngehalten werden, sie, die ja doch nur, wenn auch vielleicht aus Verblendung, einige allerdings auch aus Eigennutz, die Interessen der Unternehmer fördern, so werden sie noch sehr bittere Erfahrungen machen müssen. Krüger hat trotzdem sein Referat gehalten und man hat ihm nicht an den Wagen fahren können, im Gegenteil, man hat in der Debatte bedauern müssen, daß gerade die, die es am nötigsten gehabt hätten, die Ausführungen zu hören, das Total verließen haben.“

Derartige Vorkommnisse sind bedauerlich. Der sozialdemokratische Verband hat sie aber selbst verschuldet. Wie oft hat man uns wegen unserer vernünftigen, besonnenen Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks als Streikbrecher und Arbeiterverräter betitelt, wie oft in schwierigen Situationen gewissenlos gebohrt und geschürt. Wie oft haben auch Führer des sozialdemokratischen Verbandes aus rein agitatorischen Gründen die Arbeiter zu Streiks verleitet, obwohl die nötigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Ausgang nicht im geringsten gegeben waren. Wir erinnern an das kürzlich wieder zurückgetretene geradezu gewissenlose Verhalten eldassischer Führer des „roten“ Verbandes anlässlich des ersten Streiks in Bahl (Ober-Eisach). Eine derartige Taktik muß sich rächen. Der sozialdemokratische Verband beginnt jetzt zu ernten, was er gesät hat. Dazu kommt die jahrelang gepflogene, jetzt bis zur tiefegehenden radikalisierung der Massen. Diese ist zunächst eine natürliche Folge der engen Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei, aber auch der „Textilarbeiter“ selbst hat viel dazu beigetragen, die jetzt herrschende Stimmung zu erzeugen. Um die erstickten Gemüter zu beruhigen, beginnt der „Textilarbeiter“ wieder einmal mit einer Artikelserie über „Die Anordnung und Besorgung taktischer Maßnahmen bei wirtschaftlichen Kämpfen“. Aehnliche Artikelserien hat er auch früher schon gebracht. Sie vermochten die von ihm erwähnten Vorkommnisse nicht zu verhindern. Der gewünschte Erfolg wird auch jetzt ausbleiben. Dafür wird die eigene Taktik des sozialdemokratischen Verbandes wie der von der sozialdemokratischen Presse gepredigte und verherrlichte „Massentaumel“ schon sorgen.

Die Reichsversicherungsordnung.

IX.

Wir kommen nun zur Besprechung des sechsten Buches: Das Verfahren.

Das Buch gliedert sich in vier Gruppen. Die erste Gruppe handelt vom Feststellungsverfahren, d. h. die Vorschriften darüber, in welcher Weise die Leistungen festgestellt oder die Ablehnung von Ansprüchen erfolgt. Der Anspruch auf eine Leistung ist wie bisher zunächst bei dem Versicherungsträger geltend zu machen. Im Falle der Krankheit also Anmeldung bei der Kranken-, Knappschafts- oder Erwerbslosenkasse. Wird von einer Krankenkasse der Anspruch ganz oder teilweise abgelehnt, so kann zunächst das Versicherungsamt, dann das Oberversicherungsamt zur Entscheidung des Streitfalles angerufen werden.

Anträge auf die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind an das Versicherungsamt zu richten; die Beweismittel sollen beiliegen. Zuwendend ist das Versicherungsamt, in dessen Bezirke der Versicherte zur Zeit des Antrages wohnt oder beschäftigt ist.

Der Vorsitzende des Amtes ermittelt den Sachverhalt. Dabei kann der um Rente nachsuchende Berechtigte verlangen, daß das Gutachten eines von ihm benannten Arztes eingeholt wird; die Kosten jedoch hat er selbst zu zahlen. Schließlich wird die Sache vor dem Versicherungsamt, teilweise unter Zuziehung von je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten, in mündlicher Verhandlung begutachtet. Die Verhandlungen und das Gutachten wird der Versicherungsanstalt übermittelt. Der Vorstand derselben stellt nun die Leistungen fest. Er hat einen schriftlichen Bescheid zu erteilen. Wird der Anspruch abgelehnt, so ist dem Berechtigten von dem Gutachten des Versicherungsamtes auf Antrag kostenlos Abschrift zu erteilen. Ferner sind ihm auf Antrag Abschriften der Niederschriften für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie der ärztlichen Gutachten zu erteilen; die Kosten hat der Antragsteller vorher zu zahlen. Sämtliche Abschriften sind nur zu erteilen, soweit dies mit Rücksicht auf den Berechtigten zulässig erscheint. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

Bei der Unfallversicherung ist das Verfahren nicht so einfach; das Feststellungsverfahren ist gegen bisher erheblich verbessert. Zunächst ist jeder Unfall, wie bisher, bei der Ortspolizei und bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden. Sodann kommt die Unfalluntersuchung. Wie bekannt, hängt die Gewährung von Rente oder deren Höhe vielfach davon ab, wie der Arzt den Unfallverletzten in Bezug auf die verbliebene Erwerbsfähigkeit einschätzt. Die Berufsgenossenschaft und auch andere Träger haben Vertrauensärzte angestellt, die zumeist bestrebt sind, die Interessen ihrer Arbeitgeber mehr zu wahren, als die der Versicherten. Das ist oft beklagt worden. Nun hat der Reichstag hier Wandel geschaffen, das bisherige Verfahren ist verbessert worden. Bei der Unfalluntersuchung bzw. bei der Beweisaufnahme ist den Beteiligten Gelegenheit zur Teilnahme zu gewähren. Das Versicherungsamt als unparteiische Behörde kann dabei mitwirken. Hat der Träger, d. i. die Berufsgenossenschaft, einen Bescheid wegen der Höhe der Rente R. A. erteilt, so kann dagegen innerhalb eines Monats Einspruch erhoben werden. Dieser Einspruch begründet das Recht auf persönliches Gehör des Berechtigten. Er kann also seine Anträge und seine Gründe gegen den Bescheid und gegen das ärztliche Gutachten persönlich vorbringen. Der Versicherungsträger ist nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung aber auch verpflichtet, den behandelnden Arzt zu hören. Das ist bisher in den wenigsten Fällen geschehen, und wenn, so galt das Gutachten des behandelnden Arztes meistens nicht jenseit wie das des Vertrauensarztes des Trägers. Auf Verlangen des Berechtigten ist auch ein anderer von ihm bezeichneter Arzt als Gutachter zu vernehmen. Die diesbezüglichen sehr wichtigen Bestimmungen lauten:

Ist nicht schon durch die Versicherungsträger ein Arzt gehört worden, dem der Versicherte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat das Versicherungsamt auf den bei der Vernehmung zu stellenden Antrag des Versicherten das Gutachten eines bisher noch nicht gehörten Arztes einzuholen, wenn das Gutachten nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung von Bedeutung sein kann.

Lehnt der vom Versicherungsamt um sein Gutachten ersuchte Arzt die Erstattung des Gutachtens ab, so entscheidet das Versicherungsamt, ob und von welchem anderen Arzte ein Gutachten einzuholen ist.

Auf Verlangen des Berechtigten ist in allen Fällen, wenn er die Kosten im voraus entrichtet, ein von ihm bezeichneter Arzt als Gutachter zu vernehmen. Lassen sich diese Kosten im voraus nicht bestimmen, so kann das Versicherungsamt einen Pauschalbetrag als Sicherheitsleistung für die Kosten fordern.

Ist bei der endgültigen Festsetzung auf Grund des neuen Gutachtens eine Rente, die im Bescheid abgewiesen war, gewährt oder die im Bescheid festgesetzte Teilrente erhöht worden, so sind dem Berechtigten die Kosten zu erstatten, soweit es angemessen ist. Bei Streitigkeiten über die Erstattung entscheidet auf Beschwerde das Oberversicherungsamt endgültig.

Handelt es sich um einen Anspruch bei Minderung der Dauerrente, so findet die Vernehmung des Berechtigten vor dem Versicherungsamt statt. Dem Versicherungsamt sind vom Träger die Vorverhandlungen vorzulegen. Bei der Vernehmung kann der Verletzte oder Berechtigte erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beifahrer zuziehen.

Schließlich wird ein Endbescheid erteilt. Dieser muß den Vermerk erhalten, daß er rechtskräftig wird, wenn nicht innerhalb eines Monats dagegen Berufung beim Oberversicherungsamt eingelegt wird.

Nichtet sich die Berufung gegen den Endbescheid eines Trägers der Unfallversicherung, dann sind dem Berechtigten auf Antrag vom Oberversicherungsamt die Unterlagen und das Gutachten des Versicherungsamtes abschriftlich zu übermitteln. Das ist nicht ohne Bedeutung für die Verletzten, deshalb hat der Reichstag diese Bestimmung in das Gesetz aufgenommen.

Bei den Verhandlungen der Spruchkammern der Oberversicherungsämter wirken Beisitzer (Versicherungsvertreter) mit.

In Sachen der Unfallversicherung sollen außer der Reihe möglichst Beisitzer aus Angehörigen solcher Betriebe zugezogen werden, welche dem Unfallbetriebe technisch und wirtschaftlich nahe stehen. Dies muß geschehen, wenn es sich um Unfälle in der Landwirtschaft oder in Bergbaubetrieben handelt, sofern Angehörige solcher Betriebe als Beisitzer bei dem Oberversicherungsamt vorhanden sind. Zulassungen sind aus besonderen Gründen zulässig, die in den Akten zu vermerken sind.

Bestimmte, dem Oberversicherungsamt zur Entscheidung überwiesene Fälle, muß dieses dem Reichsversicherungsamt überweisen.

Der Rekurs beim Reichsversicherungsamt ist im Hinblick auf die Größe und Belastung des Amtes eingeschränkt worden. Trotz seiner 26 Senate sind jährlich Tausende von Rückständen zu verzeichnen. Das liegt nicht im Interesse der Versicherten, wenn sie so lange auf einen Entscheid warten müssen. Die endgültigen Entscheidungen sind also mehr den Oberversicherungsämtern, die an Stelle der jetzigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung treten, überlassen worden. Es muß betont werden, daß jeder Rentenbescheid, nach den Verhandlungen vor dem Versicherungsamt durch Berufung am Oberversicherungsamt angefochten werden kann. Der Rekurs zum Reichsversicherungsamt bleibt bestehen für die Frage, ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht, sodann für die Bewilligung von Dauerrenten.

An Stelle des Reichsversicherungsamtes tritt das Landesversicherungsamt, wenn die rechtskräftige Entscheidung von einem Oberversicherungsamt erlassen ist, das im Bezirke des Landesversicherungsamtes seinen Sitz hat, oder die rechtskräftige Feststellung von einem Versicherungsträger getroffen ist, dessen Bezirk sich nicht über das Gebiet des Bundesstaats hinaus erstreckt.

Gegen die Urteile der Spruchkammern ist in Sachen der Krankenversicherung, sowie der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Revision zulässig, wie bisher in beschränktem Maße. Die Revision kann nur eingelegt werden, wenn das angefochtene Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoße wider den Waren Inhalt der Akten beruht, oder das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

Sobiel über das Verfahren. Unsere Gewerkschafter werden gut daran tun, die in Bearbeitung befindliche Broschüre darüber feinerzeit zu kaufen, damit sie vor Schäden bewahrt werden. Die bereits angekündigte Broschüre enthält populäre Anweisungen, wie man es angehen muß, um auf dem Gebiete des Versicherungswesens zu seinem Rechte zu kommen.

Die Lage der italienischen Textilindustrie und Textilarbeiter.

Arbeits- und Organisationsverhältnisse.

Das Bulletin des italienischen Arbeitsamtes brachte in seiner erst vor einigen Wochen erschienenen Aprilnummer eine Uebersicht über die Lage der italienischen Textilindustrie, der das Ergebnis einer Umfrage bei den Arbeitskammern der hauptsächlich in Frage kommenden Bezirke (Bergamo, Como, Lecco, Mailand, Florenz, Salerno), sowie bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zugrunde liegt. Insbesondere hat sich das Arbeitsamt auch der Mithilfe der italienischen christlichen Textilarbeiter-Gewerkschaft bedient. Hieraus geht vielleicht mehr wie aus allen sonstigen Anzeichen die Bedeutung hervor, welche sich die uns befreundete Organisation in der kurzen Zeit ihres Bestehens im öffentlichen Leben Italiens erworben hat. Das Arbeitsamt läßt deutlich herausfühlen, daß ihm von den Arbeiterorganisationen diese die wertvollste Mitarbeit geleistet hat. Die sozialistische Organisation tritt gänzlich dahinter zurück.

Es muß vorausgeschickt werden, daß der Arbeitsmarkt in Italien seit längerer Zeit bereits sein Gepräge erhalten hat durch die ungünstige Lage der italienischen Textilindustrie. Diese Industrie ist für die italienische Volkswirtschaft von der größten Bedeutung. Wir geben im folgenden die Mitteilungen des Arbeitsamtes abgetürzt wieder.

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Industriellen haben sich in der verschiedensten Weise mit einer verkürzten Arbeitszeit über die Folgen der Krise hinwegzuhelfen versucht. In den meisten Fällen wurde die volle Arbeitszeit nur für diejenigen Arbeiter beibehalten, an deren Verdienst die Unternehmer interessiert sind, weil die Arbeiter in ihren eigenen Häusern wohnen und Lebensmittel durch sie beziehen, oder aber für solche Vorarbeiter usw., die wegen ihrer Geschicklichkeit eben nicht entbehrlich sind. Bezüglich der übrigen Arbeiter ist entweder eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit eingetreten oder aber es fielen ganze Arbeitstage aus. Letzteres aber nur in den schlimmsten Fällen.

Die gesamte Verkürzung der Arbeitszeit wird auf 25-35% geschätzt, und zwar ist hierbei, wie der Bericht hervorhebt, meist nur den besonderen Bedürfnissen der Unternehmer Rechnung getragen worden, während die Wünsche der Arbeiter selbst nur in den seltensten Fällen Berücksichtigung fanden, namentlich dort, wo ihnen durch Streiks usw. Nachdruck verliehen wurde. Die Unternehmer konnten so vorgehen, weil sie auch die Zeit der Krise zu einer nachdrücklichen Stärkung ihrer Organisation benutzt haben. Sie haben sich überdies bereits im Februar 1910 eine eigene vorübergehende Organisation geschaffen, welcher die systematische Anwendung der Arbeitszeitverkürzung oblag. Im übrigen wurde, um die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht allzu sehr gespannt werden zu lassen, der unangenehme Eindruck der Arbeitslosigkeit insofern zu mildern versucht, als vorzugsweise solche Arbeiter entlassen wurden, die zur Zeit der Hochkonjunktur aus der Fremde herbeigeholt worden waren, während man die im Orte selbst wohnhaften Arbeiter weiter beschäftigte. Dann auch brachte man die Arbeitszeitverkürzung so zur Anwendung, daß ganze Arbeitstage und nicht nur Arbeitsstunden ausfielen, wodurch den Arbeitern Gelegenheit geschaffen wurde, sich nach Nebenbeschäftigung umzusehen. Letztere ist in dem stark ländlichen Italien meist zu finden.

Die Löhne.

Das Fallen der Löhne tritt in viel geringerem Maße in die Erscheinung, als es tatsächlich eingetreten ist. Das liegt daran, daß nicht nur die Arbeitszeitverkürzung angewendet wurde, sondern daß die Arbeitgeber Gewicht legten auf eine viel intensivere Ausfüllung der Arbeitszeit, auf eine oft rigorose Anwendung von Strafen, daß sie dann ferner die Arbeiter und die Arbeit aufs strengste kontrollierten, schlechtes Rohmaterial in Arbeit gaben usw. Insbesondere trat immer wieder eine Unterbrechung ein in der Aufforderung und zwar namentlich in der Baumwollindustrie, welche die Krise bezwungen überaus stark zu spüren bekam, weil sie sich erst in den letzten Jahren und zwar ungezügelt entwickelt hat und daher einer festen Organisationsgrundlage entbehrte. Besterem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß durchweg mit einem nur wenig vorgebildeten Arbeitspersonal gerechnet werden mußte. Infolgedessen waren hier Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sozusagen an der Tagesordnung.

Genauere Angaben hinsichtlich des Gesamteffektes der Lohnminderung sind nur von der christlichen Textilarbeitergewerkschaft gemacht worden. Diese Organisation berechnet die Lohnminderung auf 20 Prozent, wobei der Arbeitszeitverkürzung keine Rechnung getragen ist. Daß nicht noch stärkere Lohnminderungen eingetreten sind, ist, wie aus dem Bericht hervorgeht, nur der Einwirkung der Arbeiterorganisationen zuzuschreiben. Es ist hierbei in Rücksicht zu ziehen, daß diese Organisationen ihre Leute lange nicht so fest in der Hand haben, wie das etwa in England der Fall ist. Der Boden Italiens auf diesem Gebiete ist überaus heiß, und es bedarf oft nur geringer Anlässe, um nicht nur die Arbeiter eines Gemeres in den Streik zu werfen, sondern um einen Generallstreik auf den andern folgen zu lassen. Somit wären zweifellos die Unternehmer in ihren Lohnreduktionen noch weiter gegangen.

Die Organisationen der Textilarbeiter.

Die Entwicklung der Textilarbeiterorganisation während der Krisenzeit ist außerordentlich charakteristisch. Die sozialistische Organisation hat während des Jahres 1910 einen nicht unbedeutlichen Teil ihrer Mitglieder verloren, dagegen ist die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaft stark gestiegen, wobei in Rücksicht zu ziehen ist, daß diese Organisation eigentlich erst seit Februar 1909 besteht. Insbesondere hebt der Bericht hervor, daß die christliche Gewerkschaft in den Gebieten von Udine, Cologna und Gallarate, wo sie anfänglich vollständig unbekannt war, einen starken Anhang gewonnen hat.

Die Mitgliederentwicklung der beiden Organisationen ergibt sich aus folgender Tabelle:

1. Sozialistische Gewerkschaft		Gruppen	Mitglieder
1908		93	12079
1909		103	11124
1910		80	9491
2. Christliche Gewerkschaft		Gruppen	Mitglieder
1909		13	3909
1910		34	6037

Aus dieser Tabelle ersehen wir ohne weiteres, daß das Gefüge der christlichen Organisation ein weit festeres ist wie das der sozialistischen.

Ueber die speziellen Verhältnisse der Textilindustrie in Italien in der nächsten Nummer.

Aus der Arbeiterbewegung.

Sächsisches Sekretariat des Gesamtverbandes.
Mit Anfang Juli d. J. ist ein vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften für das Königreich Sachsen in Dresden geschaffenes Sekretariat in Wirklichkeit getreten. Die Adresse desselben lautet: Herrn. Voigt, Dresden N., Dammweg 4.

Bekanntlich war Kollege Voigt vorher Bezirksleiter in unserem Verbands. Wir wünschen ihm in seiner neuen Tätigkeit viel Glück und Erfolg.

Ehrenmitglieder in den christlichen Gewerkschaften.
Um die schönen Fortschritte der christlichen Gewerkschaften abzuschwächen, bedient sich die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse der kleinsten Mittel. Man lese nur mal die Kritik, die eine Menge „roter“ Blätter an den letzten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften anknüpfte. Um nun das Maß voll zu machen, brachten in der vorigen Woche wieder zahlreiche sozialdemokratische Blätter eine gleichlautende Notiz, bei der von vielen Tausenden Ehrenmitgliedern der christlichen Gewerkschaften, die in den ordentlichen Mitgliederlisten aufgeführt würden, die Rede war. U. a. heißt es in der Notiz:

„Auch die christlichen Gewerkschaften zählen Tausende von sogenannten Ehrenmitgliedern, die keine Lohnarbeiter sind, deren Beiträge aber zu den Gewerkschaftsbeiträgen gerechnet werden. Dit ist z. B. ein Kaufmann oder ein Wirt in den schwarzen Gegenden Ehrenmitglied mehrerer Gewerkschaften; in der Statistik zieren sie zu Tausenden als treue christliche Gewerkschaftsmitglieder das Papier.“

Die Geschichte ist Uebertreibung und zum Teil Schwindel. Einige christliche Berufsverbände haben von ihrer Gründungszeit noch die Gepflogenheit beibehalten, Angehörige anderer Stände, die der christlichen Arbeiterbewegung freundlich und fördernd gegenüberstehen, als Ehrenmitglieder aufzunehmen. Dazu gehört auch unser Verband. Seit der Augsburger Generalversammlung

Im Anschluß an den Geschäftsbericht wurden verschiedene Satzungsänderungen beschlossen. Der Beratungsausschuß fällt weg und an seine Stelle tritt die Generalversammlung in Permanenz, d. h. die Delegierten behalten bis zur jedesmaligen Neuwahl nach zwei Jahren ihr Mandat. Der Beitrag für die jugendlichen Arbeiter beträgt im Alter von 14 bis 16 Jahren wöchentlich 10 Pfg., von 16 bis 22 Jahren oder bis sie hauer-, Behrhufer- oder Gedingeschlepparbeit verrichten, 20 Pfg. Der Lohnbeitrag wird von 5 auf 10 Pfg. pro Monat erhöht, die aber nicht an die Zentralkasse abgeführt werden. Der Zeitpunkt der Einführung bleibt dem Hauptvorstande überlassen.

Der zweite Verhandlungstag war sozialpolitischen Erörterungen gewidmet. Der Reichstagsabgeordnete Kollege Behrens referierte über die Sozialpolitik im Reichstag. Redner ging besonders auf die Reichsversicherungsordnung ein und legte dabei die den Bergarbeitern erwachsenden Vorteile klar. Ueber die Berggesetzgebung in den Landesparlamenten sprach der Landtagsabgeordnete Kollege Jmbusch. Eine im Anschluß an dieses Referat angenommene Resolution konstatiert, daß für den Rückgang der Ueberschüsse im Saarbergbau die Arbeiter nicht verantwortlich gemacht werden können und verlangt für die Saarbergleute eine den berechtigten Ansprüchen an eine auskömmliche Lebenshaltung entsprechende Aufbesserung der Arbeitslöhne. Eine weitere Revision verlangt die Hebung der mit dem Tauschmannersystem an der Saar verbundenen Mißstände, volle Freizügigkeit der Arbeiter, sowie einen paritätischen Arbeitsnachweis. Sie mißbilligt ferner die Entlassungen wegen angeblicher Minderleistung, sowie die ungerechte Härte, Unfallsrentnern schlechter bezahlte Arbeit zu geben und ihnen die Schichtlöhne derart zu kürzen, daß sie kaum mit der Rente zusammen 90% des früheren Verdienstes erreichen.

Angenommen wurden ferner die Anträge: „Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß für den Bergbau Einrichtungen getroffen werden müssen, welche eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Lohnfestsetzung gewährleisten,“ sowie: „Die Generalversammlung erachtet es als eine Aufgabe des Staatsbergbaus, auf diesem Gebiete bahnbrechend vorzugehen.“

Das vorgelegene Referat über die Agitation unter der Jugend hielt Kollege Effert. Referent wie Diskussionsredner waren einmütig der Ansicht, daß dieser Agitationszweig auch vom Gewerksverein in Zukunft besser gepflegt werden müsse. Den Mittelpunkt der Tagung bildete das vom Kollegen Heinrich Jumbusch übernommene Referat über die grundsätzliche Stellung des Gewerksvereins. Dieser Vortrag wirkte lebend und wurde auch mit den sozialdemokratischen Beobachtungen gründlich auf. Damit war die Tagesveranstaltung erschöpft.

Das Urteil der Presse bezeichnet allgemein den Verlauf der Generalversammlung des Gewerksvereins als in allen Teilen gelungen. Diefelbe lieferte den Beweis, daß der Gewerksverein nicht nur äußerlich, sondern innerlich existiert und gewachsen ist.

Wie die sozialdemokratischen Streikerfolge zu Stande kommen! Die sozialdemokratische Presse handelt jetzt so: Ueberall wo ein Streik ausbricht, ist er eine komplette Niederlage, wenn er von einer christlichen Gewerkschaft geführt wird. Kommt aber die Sozialdemokraten in Betracht und der Streik geht in die Brüche, dann wird ein Sieg darausgemacht. Und die Masse glaubt daran, ebenso wie die Pariser an den erfolglosen Sieg von Saarbrücken glaubten im Jahre 1870. Diese roten Lügen der roten Presse werden ihr jetzt vom sozialdemokratischen „Buchdruckerkorrespondent“ aufs Butterbrot geschmiert, anläßlich des Maschinenmeisterputches in Berlin. Wir lesen in der Nr. 78 des „Korrespondent“ vom 13. Juli 1911:

„... Warum greifen denn gewisse Parteiblätter bei den Buchdruckern stets kräftiger und ungenierter zu als bei andern Gewerkschaften? Warum zieht man bei andern Organisationen Glacéhandschuhe an, weshalb werden für sie aus offenkundigen Niederlagen halbe oder gar ganze Siege gedekoriert, und warum ist alles, was wir erringen oder erkämpfen, nichts, rein nichts in diesen Augen? Warum wohl?“

Hier wird also von einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsblatt klipp und klar festgestellt, daß die sozialdemokratischen Zeitungen systematisch „rote“ Streikniederlagen in Erfolge umzuwandeln. Wenn es sich um Bewegungen der christlichen Gewerkschaften handelt, werden aus Erfolgen jämmerliche Niederlagen gemacht. Wir haben das bei der letzten Bewegung im Münsterlande wieder erfahren können. Wir bringen an anderer Stelle in dieser Nummer einen Artikel über diese „Wahrheitsfreunde“. Allen roten Agitatoren mögen unsere Kollegen die obigen Auslassungen des „Korrespondent“ um die Ohren schlagen, wenn sie wieder in ihrer verlogenen Weise über uns herfallen. Wir haben allerdings nicht die Hoffnung, daß sie sich bessern, aber gebrauchmarkt sollen sie werden.

Eine „Berliner“ Episode. Der „Deutsche Arbeiter“, das Organ des christlichen Arbeiterverbandes, erzählt in seiner Nr. 29 vom 22. Juli folgendes:

„Es dürfte unsere Kollegen interessieren, daß die Sacharbeiter seinerzeit auch beim Hauptvorstandenden des Arbeitgeberverbandes im Metallgewerbe, Herrn Kruege, um Zulassung zum Reichstages erzielten. Als Bedingung — was die Sacharbeiter ja nun einmal sind — hatten sie das Wohlgefallen, sich durch die Mitteilung, daß sie Gegner des Streiks seien, empfehlen zu wollen. Herr Kruege mußte die Herren erst da auf zummerdamachen, daß der Tarifvertrag im Metallgewerbe

den Streik in bestimmten Fällen den Kontrahenten sogar zur Pflicht mache.

„Daß unter diesen Umständen für die Sacharbeiter „nichts zu machen war“, versteht sich am Rande.“

Das ist bitter für die Streikverächter.

Ein sozialdemokratisches Schwindelflugblatt vor Gericht. Im Saarrevier verteilen die Genossen ein Flugblatt: „Saarbergmann, höre!“ In demselben wurden die Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes im Saarrevier als Gefinnungslumpen, als Lügner und Schwindler bezeichnet. Diese strengten daraufhin gegen den Unterzeichner des Flugblattes, den Genossen Hetterich, Klage an. Großspurig verübete die sozialdemokratische Presse, Genosse Hetterich werde vor Gericht einen umfangreichen Wahrheitsbeweis antreten. Dieser „Wahrheitsbeweis“ brach aber im gegebenen Moment jämmerlich in sich zusammen. Gerade das Gegenteil der im Flugblatt aufgestellten Behauptungen wurde bewiesen. Wegen der ehrenrührigen, durch nichts beweisbaren Behauptungen wurde der sozialdemokratische Bezirksleiter Hetterich zu 400 Mark Geldstrafe eventl. 40 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Den Klägern wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil in drei rheinischer Zeitungen auf Kosten Hetterichs zu veröffentlichen.

Zwei „rote“ Preßstimmen. Als die Wogen im Kampf um die Reichsversicherungsordnung am höchsten gingen, brachte die sozialdemokratische Presse, darunter auch die „Rheinische Zeitung“ in Köln, einen Artikel, in dem den englische Entwurf einer Arbeiterversicherung über der grünen Alee gelobt wurde. Da war in Nr. 112/1911 der „Rheinischen Zeitung“ u. a. zu lesen:

„Jetzt hat er (der englische Lord-Schatzkanzler, D. R.) im englischen Unterhause einen umfassenden Entwurf für die Sozialversicherung vorgelegt, vor dem ein jämmerliches Glückwerk wie die deutsche Reichsversicherungsordnung einfach in den Staub sinkt. Lord Georges Entwurf enthält eine umfassende Krankenversicherung für alle Lohnarbeiter und Angestellten unter 200 M. Jahreseinkommen, verbunden mit einer Schwangerschaftsversicherung und einem umfassenden Vorgehen gegen die Lungentuberkulose; ferner eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die zunächst rund 2 Millionen Arbeiter umfassen soll. Die ganze Organisation ruht auf der Selbstverwaltung der Arbeitervereine und wird gehalten durch Staatszuschüsse von 200 Millionen Mark im Jahre.“

Nach einer Schilderung der Einzelheiten hieß es dann froh und zum Schluß in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“:

„Wir zweifeln nicht daran, daß dieser großzügige Entwurf aus einem Guß her Geseh werden wird, als die unheimliche deutsche Reichsversicherung, die schließlich gar nichts ent hält. Dann wird England 800 Millionen jährlich aus Steuern der Reichen für die Arbeiterversicherung heigeben während das Deutsche Reich auch nach der Renten- und Waisenversicherung für diesen Zweck noch keine 75 Millionen aus Armensteuern herabst. Wir können im Wahlkampfe gar keine bessere Gegenwartsforderung aufstellen als die: Wir wollen englische Freiheit, englisches Friedensstreben und englische Sozialreform!“

So die „Rheinische Zeitung“ in Köln. Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ beurteilt in ihrer Nr. 138/1911 den englischen Gesetzentwurf ganz anders. Sie nennt die Rede des englischen Ministers die „dreifache Schwindelerei, die je in einem anständigen Parlament vorgekommen sei“; die Auflehnung gegen das Schwindelprojekt würde durch die sozialdemokratische Agitation allgemein werden. Zum Schluß fuhr dann das Leipziger Genossenblatt noch viel gröberes Geschwätz auf. Es schreibt:

„So entpuppt sich das famose Projekt des Herrn Lord George als ein Attentat auf die Tischen der übergroßen Mehrheit der Arbeiterklasse zugunsten der Friendly Societies, die beim englischen Spießbürgertum beliebt sind. Gleichzeitig wird das Projekt den in England auch sonst tief klaffenden Abgrund zwischen der Arbeiteraristokratie und der Masse der niedriger gestellten Schichten des Proletariats erweitern, wodurch der proletarische Klassenkampf noch schwieriger wird. Und auf das alles mußte Lord George durchaus bewußt hingezielt haben, denn nur dadurch erklärt sich die späte Veröffentlichung des Textes der Vorlage wie noch mehr die ungeheure Eile, mit der er die Vorlage durchpeitschen will. Er will offenbar keine allzu ausgedehnte Diskussion — die Arbeiterklasse soll entrechtet werden, ehe sie sich dessen bewußt wird. Aber die Sozialdemokratie wird hoffentlich ihre Pflicht tun und die insamen Absichten des Demagogen wirksam durchkreuzen.“

„Wir wollen englische Freiheit, englisches Friedensstreben und englische Sozialreform“, schie die „Rheinische Zeitung“, als es darauf ankam, die Reichsversicherungsordnung und mit ihr die christlichen Arbeiterabgeordneten in Grund und Boden zu hegen. Die „Leipziger Volkszeitung“ nennt die „englische Sozialreform“ und die „englische Freiheit“ ein „Attentat auf die übergroße Mehrheit der Arbeiterklasse“, „insame Absichten eines Demagogen“.

Eine Preisfrage: Wer versteht am besten Arbeiter in verlogener Weise zu verheizen, die „Rheinische“ oder die „Leipziger“?

Gewerkschaftliche Revolutionäre. Der Tarifbruch der Scherlichen Notationsmaschinenmeister zieht weitere, hochgehende Wellen. Bekanntlich sind die Tarifbrecher aus dem Buchdruckerverbande ausgeschlossen worden. Der Tarifamtsanspruch wird die Maßnahmen des Verbandes vornehmlich haben nun in meinen Kreisen des Buchdruckerverbandes die geradezu leidenschaftliche Erregung der Mitglieder hervorgerufen. Eine in Berlin abgehaltene Konferenz der Hauptvorsteher des Buchdruckerverbandes hat sich zwar mit dem Tarifamtsanspruch und dem Verlassen des Verbandes vornehmlich

und des „Korrespondenten“ einverstanden erklärt und den Tarifbruch der Maschinenmeister scharf mißbilligt, aber gegen diese Stellung lehnen sich viele Mitglieder auf. In Berlin, Stuttgart, Leipzig, Elberfeld, Solingen, Nordhausen und anderen Orten haben die Mitglieder gegen die Entschädigung der Hauptvorsteherkonferenz und den Tarifamtsanspruch in scharfen Resolutionen protestiert. In Berlin verlangte eine Versammlung den Rücktritt der Verbandsvorsteher beim Tarifamt. Berlin, Leipzig, Stuttgart sind die bedeutendsten Druckorte Deutschlands. Berlin allein zählt 10000 Verbandsmitglieder. Man sieht, wie weit der gewerkschaftliche Radikalismus in die Buchdruckerverbandskreise schon eingedrungen ist und die ganze Verbandarbeit und Tarifbewegung gefährdet. Der Buchdruckerverband hat selbst zu diesen Dingen beigetragen. Heute muß her „Korrespondent“ die Mitglieder „um Himmels willen“ bitten, „doch Vernunft anzunehmen“. Aber den Führern ist an „ahreichen Orten die Führung aus den Händen gewunden worden.“

Die sozialdemokratische Parteipresse hat eine Gelegenheit gefunden, ihren ganzen Wut gegen den Buchdruckerverband und die Tarifbewegung auszuüben, die Gemüter der Verbandsmitglieder zu erregen und sie gegen die Verbandsvorsteher aufzuheizen. Sie findet in dem Tarifbruch eine anerkanntwerte Tat echter, edler Arbeiter-solidarität. „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ geben den Ton an, die kleinere Provinzpresse folgt nach, natürlich um eine Oktav höher.

Die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der marxistischen Sozialdemokratie, feiert den Tarifbruch der Maschinenmeister mit folgenden Worten (Nr. 40, 7. Juli):

„Disziplin! halte es aus dem Bureau der gestrigen Verbandsvorstände, aber mit Donnerstimme antworteten die Tausende von Verbandsmitgliedern der Berliner Versammlung: Hoch die Solidarität! Damit retteten sie jenes Prinzip, das für die Ausbarmachung der Tarifidee in proletarischem Interesse von ausschlaggebender Bedeutung ist.“

Frägt man, wie es dahin kommen konnte, daß so ein scharfer Konflikt zwischen dem Gebote der Disziplin und dem Solidaritätsgefühl ausbrechen konnte, so ist die Antwort nur darin zu suchen, daß die Vertreter der Arbeiter im Tarifamt und die Verbandsvorstände nicht im Geiste der proletarischen Idee gehandelt haben. Nicht die Vertragsidee an sich trägt die Schuld, daß es dahin gekommen ist, sondern die Schuld liegt darin, daß die Buchdrucker alszulange eine Politik ihrer Führer gebildet haben, die abseits vom proletarischen Klassenkampf führt. In Befolgung dieser Politik sind diese Führer schließlich dahin gelangt, Recht zu ungunsten der Arbeiter zu sprechen, selbst gegen Sinn und Wortlaut des Vertrags.“

Die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen schreibt im Anschluß an die Hauptvorsteherkonferenz:

„Der Beschluß der Hauptvorsteherkonferenz wird in der ganzen freiorganisierten Arbeiterschaft jedenfalls lebhaftes Befremden und schärfste Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmet den Geist eines unerträglich bürokratischen Absolutismus, der jede solidarische Handlung der Mitglieder als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Fettersultus treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmertums fühlt.“

Die „Freie Presse“ in Elberfeld schreibt zu der Hauptvorsteherkonferenz u. a.:

„Im übrigen ist der dicknäsige Ton, in dem die unbehagliche Kritik der Arbeiterpresse an dem Tarifamtsstreik abgetan wird, sehr charakteristisch. Ein derartiges Schindluderstück, wie es die Buchdruckerverbandsvorstände mit den Arbeiterinteressen getrieben haben, zu brandmarken, wird nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterpresse sein. Ganz gleich, ob es den Tarifanatikern recht ist oder nicht. Um so mehr, als der „Korrespondent“ über die Berliner Versammlung, die sich fast einstimmig gegen das Tarifamtsmeisterstück richtete, nichts berichtet hat und die Deffektivität von einer dem Tarifamt entgegengelegten Ansicht überhaupt nur durch die Arbeiterpresse erfahren konnte.“

Und die „Arbeiterpresse“ in Essen meint, Disziplin und Vertragstreue seien notwendige Charaktereigenschaften für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, nichtsdestoweniger seien aber Gewerkschaftler nie zu unbefehener soldatischer Disziplin zu erzihen, und die Vertragstreue finde ihre natürlichen Widerstände in der Berufsolidarität, wo die kollegialen Interessen der Arbeiter in Gefahr gerate.

Man könne ruhig zugeben, daß die Tarifgemeinschaft als das Resultat beiderseitiger starker Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber bessernd für beide Teile im Gewerbe wirken kann, ohne zugeben zu müssen, daß es sich hier um einen anerkennungswürdigen Fettersultus handele, dem man sogar die natürliche Berufsolidarität als Brandopfer darbringen müsse.

Der „Korrespondent“ des Buchdruckerverbandes bittet und fleht seine Mitglieder, auf solche Stimmen nicht zu hören. Es stände ungeheuer viel auf dem Spiel, wenn er seinen Mitgliedern alles sagen dürfte, würden vielen die Augen aufgehen. Die roten Parteiblätter aber hegen weiter, weil ruhige Tarifbewegung nicht in ihr revolutionäres Klassenkampfsystem hineinpaßt. Sie sind die gewerkschaftlichen Revolutionäre.

Der „Korrespondent“ meint nicht mit Unrecht, der „menschliche Standpunkt“ und das „Solidaritätsgefühl“ erfordere, daß man das Interesse der Allgemeinheit hochhalte und die selbstgeschaffenen Gesetze befolge. Das ist unbestreitbar richtig. Aber der „Korrespondent“ mag nun auch der Sache mal auf den Grund gehen und sich darüber klar zu werden suchen, wie denn selbst Mitglieder seiner gewerkschaftlichen Organisation „von R.“ in eine so aberwitzige, organi-

litionszerstörende Idee verfallen konnten, wie es dieser Tarifbruch ist. Er ist selbst an diesem Konflikt nicht ganz unschuldig. Wie hat er seine Leser nicht gegen die Gutenberghändler aufgepeitscht und aufgehetzt. Kein Wunder, wenn diese Massen auch einmal gegen die eigenen Einseitiger anschlagen. Der „Korrespondent“ und seine Hintermänner ernten jetzt, was sie gesät. Die Radikalskizzen haben ihm in einigen Orten die Föhrung entzogen, sie sähen das Feuer des Mißtrauens unausgesetzt weiter, und der Verband von „Wetruif“ kann mit dem Sauberlehrling sagen: „Die Geister, die ich rief, ich werd' sie nicht mehr loel“

Prinzipienfeste Genossen scheinen die belgischen Sozialisten nicht zu sein. Kürzlich begab sich das belgische Königspaar nach Charleroi, der Domäne der Sozialdemokratie, um die Ausstellung zu besuchen. Nach der Frankfurter Hg. (Nr. 200—1911) wurde daselbst mit unbeschreiblichem Jubel von den Arbeitern empfangen. Die Kinder sozialistischer Gemeinderäte überreichen der Königin Blumen, alle sozialistischen Gemeinderäte und Abgeordneten umdrängten den König und bereiteten ihm das herzlichste Willkommen. 1100 Arbeiter richteten einen Brief an den König und baten ihn, mit ihren schwächlichen Säufen seinen Wagen ziehen zu dürfen. Ein einziger Schrei: „Es lebe der König!“ brauste von den Arbeitermassen her, die der Erde entfliegen waren oder von den glühenden Räumen der Glashütten und Hochöfen herkamen.

Selbst das sozialistische Organ, das „Journal de Charleroi“ widmete dem Königspaar einen begeisterten Hymnus und kam hierbei zu folgendem interessanten Eingeländnis:

„Das Prinzip einer konstitutionellen Monarchie ist ihre Vervollkommnungsfähigkeit. Auf diese Weise schießt sie alle Möglichkeiten der Republik hinsichtlich des Fortschrittes in sich, und sie unterscheidet sich von ihr nur dem Namen nach. Eine Monarchie mit möglichst wenig Fehlern ist daher besser als eine kapitalistische Republik mit unendlich vielen Fehlern.“

Dafür bekam zwar genanntes Organ vom sozialistischen Hauptblatt „Peuple“ den Kopf gewaschen, aber wie die Frankfurter Hg. berichtet, mit ungewöhnlich viel Hartgefühl und Schöpfung. Was aber sagen die Prinzipienwächter in der deutschen Sozialdemokratie zum Verhalten ihrer belgischen Gesinnungsgenossen? Sie, die Todfeinde der Monarchie und unentwegten Vorkämpfer der demokratischen Republik?

Aus unserer Industrie.

Eine beachtenswerte Rechnung.

Nord-Amerika, das Land der Monroe-Doktrin, d. h. Amerika den Amerikanern, glaubte diesen Grundgedanken durchzuführen zu können, daß es sich durch möglichst hohe Zölle von der Außenwelt abschloße. Die Arbeiter, die auch dort einen großen Prozentsatz der Wähler stellen, wußte man für den Hochschutzzoll mit dem Hinweis zu gewinnen, daß sie, durch die vermehrte Arbeitstagezeit, welche ohne weiteres Lohnsteigerung nach sich zögen, den Nutzen hätten. Die Erfahrung aber zeigt auch hier mal wieder, daß der mächtige Schutzzoll, der das Gewerbe vor einer ruinierenden Konkurrenz schützt, dem Hochschutzzoll vorzuziehen ist. Die Amerikaner haben sich veralteten und wollen ihren Zolltarif reorganisieren. Sie wollen mit dem Zolltarif beginnen. Der Zolltarif hatte im Geolge, daß, wer Kleider brauchte, auf Gnade und Ungnade dem Tuchfabrikanten und Schneider ausgeliefert war. Die Freunde der Tarifrevision rechneten der höchsten gefesgebenden Körperschaft, dem Kongreß, vor, daß ein Anzug der in England 60 M. koste, in Nordamerika auf 160 M. zu steigen komme. Keiner der Hochschutzzöllner habe den Mut, der Feststellung zu widersprechen. Interessant ist die spezialisierte Rechnung für den Anzug, die wir nachstehend folgen lassen:

	England	Nordamerika
Tuch	10.— M.	34.— M.
Zutaten	5.—	16.—
Zuschneiden	2.—	8.—
Arbeiten für den Rock	7.—	33.—
Arbeit für die Weste	2.—	10.—
Arbeit für die Hose	1,40	8.—
	27,40 M.	109.— M.
Verkaufspreis	60.—	100.—

Es ist ersichtlich, daß 160 M. für einen Anzug auch bei amerikanischen Verhältnissen nur von sehr wenig Arbeitern erzwungen werden können. Nebenbei liegen die Dinge bei vielen anderen Gebrauchsgegenständen. Nach erfolgter Tarifrevision sind Preissteigerungen unvermeidlich, und diese Erhöhen — auch Arbeiter — werden empfindlich davon betroffen, denn der Ausgleich wird sich nicht so schnell herbeiführen lassen. Da sind unsere heutigen Verhältnisse doch besser.

Belgiens Ein- und Ausfuhr in Textil-Produkten.

Das belgische Finanzministerium veröffentlicht wochen die Statistik des Einfuhr- und Ausfuhrhandels in Textil-Produkten, aus welcher sich die interessante Tatsache ergibt, daß die Einfuhr von Streichgarnen (wäheres gäht Belgien für als bedeutendster Lieferant des Auslandes) im Jahre 1910 größer war als in den Vorjahren. An der Spitze der diese Garne einführnden Länder steht

England, dem Deutschland und dann erst Frankreich folgt, während umgekehrt bezüglich der Einfuhr von Kammgarnen nach Belgien Frankreich an erster Stelle steht. Wenn auch die Gesamtsumme der eingeführten Kammgarne infolge der Vergrößerung der belgischen Kammgarnspinnereien vermindert ist, so erscheint doch die Ueberlegenheit der französischen Establishments gegenüber den deutschen als Lieferant Belgiens als sehr beachtenswert. Bei der Einfuhr von 747 000 kg Kammgarnen war Deutschland nämlich nur mit 24 000 kg und England mit 84 000 kg beteiligt, während den Rest Frankreich lieferte. Die Ausfuhr von wollenen Garnen im Jahre 1910 weist gegenüber dem Jahre 1909 ein Mehr von rund 2 Mill. kg auf. In diesen 2 Mill. partizipiert England zur Hälfte, wohingegen die Ausfuhr nach Oesterreich und Deutschland Rückgänge aufweist. Auffallend ist die Verminderung der Einfuhr deutscher Wolle, während andere Länder verhältnismäßige Fortschritte gemacht haben.

Statistik der Se- und Seidenindustrie.

Im Geschäftsjahre 1910 hatte die gesamte deutsche Seidenindustrie einen Umschlag von 62 606 401 M. gegen 49 402 939 M. im Vorjahre. Davon entfielen auf Deutschland 27 749 009 M. (23 148 804), auf Oesterreich-Ungarn 1 066 019 M. (774 701), auf England 8 170 842 M. (7 487 309), auf Frankreich 5 867 028 M. (4 109 951), auf andere europäische Länder 6 826 260 M. (5 770 559), auf außereuropäische Staaten 12 927 243 M. (8 111 615). An Rohseide wurden verbraucht 112 254 kg (72 596), an Schapre 630 396 kg (539 257), an Kunstseide 1162 kg (1115), an Baumwolle 2581 102 kg (1934 862), an Wolle 181 391 kg (196 448).

Das erste Halbjahr 1911 und die deutsche Textilindustrie.

Die Besserung im Wirtschaftsleben macht nur langsame Fortschritte, aber vielleicht erhalten damit diejenigen Rechte, die darin für die Zukunft die Hoffnung erblicken, daß sich so die Grundtendenz der Wirtschaftslage auf fester Grundlage vollzieht. Und so läßt auch der Aufschwung in verschiedenen Zweigen der Textilindustrie noch viel zu wünschen übrig. Ueber den Geschäftsgang in den einzelnen Zweigen unseres Gewerbes während des ersten Halbjahres 1911 entnehmen wir der N. W. folgende Angaben. In der großen deutschen

Baumwollindustrie

bleibt die Allgemeintage überhaupt noch stark unzufrieden. Während sich die Auftragsbestände stetig vermehrt haben und die Ausfuhr von Baumwollwaren aller Arten eine angemessene Stärkung gegenüber dem Vorjahr erfahren hat, bleiben die alten Mißverhältnisse zwischen den Waren- und Garnpreisen unberührt bestehen, infolge der anhaltend abnormen Verhältnisse an den Rohbaumwollmärkten. So wie heute die Lage zu bewerten ist, ist auch für dieses Jahr in dieser Industrie kaum eine Besserung zu erwarten. Die finanziellen Ergebnisse in dieser Industrie werden sich im allgemeinen dieses Jahr nicht sonderlich verändern.

Was die deutsche

Wollindustrie

anbelangt, so ist heute zunächst in der Kammgarnspinnerei oder überhaupt in den Wollgarnspinnereien ebenfalls eine kräftige Zunahme des Auslandsabjages zu konstatieren. Dieses Moment trägt besonders dazu bei, daß normaler Betrieb in den Spinnereien erhalten bleibt und die Woll- und Garnpreise ihre feste Tendenz hochhalten können. Die Beschäftigung in der Kammgarn- und Wollweberindustrie ist dagegen dieses Jahr durchschichtlich keine allgemein befriedigende. Obwohl Kammgarngewebe in der Ausfuhr vielfach eine Besserung zeigen, so ist dagegen im Inlandsabjage eine gewisse Stagnation eingetreten, trotzdem diese Artikel die Mode noch voll beherrschen. Dieser Zustand findet seine Erklärung darin, daß zahlreiche bunte Damenstoffgewebe in Aufnahme gekommen sind, die den Abjag an Kammgarngewebe vermindern. Hinzu kommt noch, daß Seidenstoffe und Samte stark begehrt bleiben und der Seiden- und Samtindustrie normale Betriebsverhältnisse sichern. In der Wollflanellindustrie hat die Geschäftslage auch dieses Jahr noch nicht die gewünschte Besserung erfahren. Gerade in dieser Industrie macht sich der Rückgang im Auslandsabjage infolge der ungünstigen Handelsverträge ganz erheblich bemerkbar. Cheviotgewebe bleiben in verschiedenen Fabrikdistrikten gut in Aufnahme und gewinnen an Abjagemöglichkeit. Die

Tuch-, Buckskin- und Herrenstoffindustrie

verzeichnet in bunten Artikeln eine rege Besserung im Auftragsbestand. Die glatten Herrenstoffe in Kammgarn und Cheviot bleiben gegenüber den bunten Geweben etwas im Rückstand. In Herrenstoffen verzeichnet übrigens auch das Auslandsgejag einen leichten Aufschwung.

In der

Kunstwoll- und Streichgarnindustrie

haben sich die Geschäftsverhältnisse in Weberei und Spinnerei leidlich gebessert. Die Kunstseidenindustrie entwickelt sich in diesem Jahr nicht so befriedigend, wie man erwartete. Nicht alle derartigen Betriebe verfügen über rentable Fabrikationsmethoden, so daß sie genügend prosperieren könnten. Bieleicht ist auch die starke Zunahme der Produktion in dieser Industrie mit Schuld daran, daß die Betriebsergebnisse nicht befriedigen. Keimliche Verhältnisse haben sich in der zu schnell gewachsenen Füllindustrie herausgebildet. Die Evisen-

und Sticker-Industrie läßt noch den nötigen anhaltenden Aufschwung vermissen. Die Gardinenfabrikation erfreut sich dagegen reger ausländischer Betriebstätigkeit. Als befriedigend hat sich auch der Geschäftsgang in der deutschen Juteindustrie herausgebildet. Diese Industrie läßt dieses Jahr normale Ergebnisse erwarten. Die Teppich-, Läufer- und Deckenfabrikation verläßt im Durchschnitt über normale Abjagelegenheit. Auch diese Industrie verzeichnet regiamers Auslandsgejag.

Diverse Zweige.

Angemessene Fabrikationsverhältnisse erhalten sich auch noch in der Phantasiemollwarenfabrikation. Die Strumpfgarnspinnerei hat reichliche Aufträge zu verzeichnen. Weniger ist man in der Bigogne spinnerei befriedigt. In der Flach- und Leinenindustrie hat sich das Gejag auf der vorjährigen Höhe erhalten. Dagegen ist der Auslandsabjag im ersten Halbjahre leicht zurückgegangen. In der Hanf- und Winda-fadenindustrie ist eine Konvention perfekt geworden, um die Folgen der Ueberproduktion zu beseitigen. In der deutschen Filzstoff-fabrikation hat sich normaler Geschäftsgang erhalten und befestigt. In der Färberei und Appretur sowie in der Druckbranche betriebligt das Gejag dieses Jahr im allgemeinen noch nicht.

Eine allgemeine Erscheinung in der gesamten Textilindustrie bleibt das überall bestehende

Mißverhältnis zwischen den Waren- und den Rohmaterialpreisen,

wovon allein die Juteindustrie eine bemerkenswerte Ausnahme zu machen scheint. Soweit heute die allgemeinen Verhältnisse zu überblicken sind, dürfte nach dem Herbst zu sich in der Textilindustrie eine stärkere Regsamkeit bemerkbar machen, da der Auftragsbestand wohl langsam, aber scheinbar stetig zunimmt.

Organisationsfragen.

In der Textilindustrie Deutschlands gewinnt neuerdings eine Bewegung Raum für Schaffung einer Organisation, welche die ganze deutsche Textilindustrie umfassen soll zur Regelung der diese Industrie angehenden wirtschaftlichen und technischen Fragen, da zahlreiche Zweige dieser Industrie heute kaum über eine lose Organisation verfügen. Eine feste Organisation dürfte für die Zukunft der großen deutschen Textilindustrie von allergrößter Bedeutung sein.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur Frage der Lokalbeiträge.

Die von uns angeschuldete Frage kommt in Fluß. Soweit wir bis jetzt erleben können, wird der von uns gemachte Bericht im allgemeinen recht günstig und mit großem Verständnis aufgenommen. Eine ganze Anzahl Ortsgruppen trägt sich zur Zeit mit dem Gedanken, Lokalzuschläge einzuführen. Von Spremberg (Lauf) geht uns die Mitteilung zu, daß in einer stattgehabten Versammlung alle Mitglieder der Ansicht waren, „daß für örtliche Ausgaben in Zukunft die Zentralkasse nicht in Anspruch genommen werden dürfe“. Einstimmig wurde beschlossen, einen Ortsbeitrag von 5 Hg. monatlich zu erheben.

Die hier bekundete Ansicht ist recht anerkennenswert und zeugt von einem regen gewerkschaftlichen Geist. Nur hätten wir gewünscht, daß man gleich ganze Arbeit gemacht und als Lokalbeitrag mindestens 5 Hg. pro Woche beschlossen hätte. Jedenfalls werden die Spremberger Kollegen ihren Beschluß auch nur als einen vorläufigen betrachten, denn mit 5 Hg. pro Monat würde die Ortsgruppe auf die Dauer nicht auskommen vermögen. Zweckmäßiger ist es aber immerhin, von vorn herein einen auskömmlichen Beitrag zu erheben. Die Mitglieder brauchen dann auf absehbare Zeit nicht wieder beehligt zu werden.

Der christliche Bergarbeiterverband hat auf seiner kürzlich in Köln stattgefundenen Verbandsgeneralversammlung ebenfalls die Einführung von Lokalbeiträgen beschlossen. Der Beschluß lautet wörtlich:

„Die Generalversammlung beschließt die Einführung eines Lokalbeitrages von 10 Hg. pro Mitglied und Monat für die Reviere, wo er noch nicht besteht. Der Hauptvorstand übernimmt die Einführung desselben in die einzelnen Reviere und Bezirke mit Hilfe der Fabrikstellenvorstände und Bezirksleitungen, wenn die Verhältnisse dafür reif sind.“

Möge das für uns wiederum ein Ansporn sein, die Propaganda zu verdoppeln und den Gedanken einer weiteren Stärkung unserer Kriegskasse recht populär zu machen.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 29. Juli, Arbeitslosen-Strichtag für den Monat Juli ist. (Letzter Arbeitstag der letzten Woche im Monat.) Die Monatsberichtsarten (grau) sind 3 Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale zu senden.

Die Geschäftsstelle

Flugblätter!

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegen Flugblätter zur Verfügung über die Reichsversicherungsordnung bei, die in erster Linie für unsere Vorstände und Vertrauensmänner und die übrigen agitatorisch tätigen Mitglieder bestimmt sind. Auf je 20 Zeitungen ist ein Flugblatt beigegeben. Mit kollegialem Gruß Die Geschäftsstelle.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Ein Mann der auf dem Monde lebt, muß nach seinen Schreibern im „roten“ „Volksfreund“ zu urteilen der Geschäftsführer Trimborn des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Bamberg sein. In mehreren Aufsätzen an die Tagespresse veröffentlichte in den letzten Tagen das Sekretariat Bamberg des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Teutoburgs die Ursachen der Arbeiterbewegung in der Gaußstraße Spinnerei. Die öffentliche Bekanntheit der in jeder Beziehung durchaus modernen und zum Teil menschenwürdigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Gaußstraße Spinnerei wurde damit begründet, daß die Betriebsleitung der Spinnerei ein Verhandeln mit dem Arbeiterausschuß mehrfach abgelehnt, wenn dieser, um über die Wünsche der Arbeiter in Bezug auf Erhöhung der Löhne usw. zu verhandeln, vorzugehen wollte. Von der Sozialdemokratie, den sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihren Führern war in den obigen Aufsätzen mit keinem Wort ein Wort über die Rede. Aber trotzdem kommt nun Herr Trimborn, der anscheinend über viel freie Zeit verfügt und auch jetzt wieder einmal nichts besseres zu tun mag und behauptet, es sei notwendig, in seinem „roten“ Organ, die Betriebsleitung des christlichen Textilarbeiterverbandes möchte sich anscheinend mit fremden Federn schmücken“ und „den Erfolg der Regiearbeiter und Handwerker für sich reklamieren“.

Als wir diese fühne Behauptung eines Schriftführers, der doch nicht alles und jedes zu einem Erfolge der Tätigkeit gewerkschaftlicher Organisationen zu stampeln weiß, gelesen hatten, stäubten wir noch einmal mit größter Aufmerksamkeit die Zeitungen hier in Betracht kommenden und von den Tageszeitungen bereits veröffentlichten Zuschriften, konnten aber in denselben auch nicht eine einzige Silbe finden, die im geringsten hätte Veranlassung geben könnte zu der Annahme, der christliche Textilarbeiterverband wolle den „Erfolg“ der Handwerker und Regiearbeiter für sich reklamieren. Hätte Herr Trimborn seine vollständig frei erundene Behauptung auch nur mit einem einzigen Sachsinne aus den von der Leitung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter veröffentlichten Zuschriften beweisen können, so würde er dieses unbedenklich gemacht haben. Er konnte es aber nicht und darum bleibt der Vorwurf der „Unverschämtheit“ und des „Schwindels aus Prinzip“, den Herr Trimborn der christlichen Betriebsleitung gemacht, auf ihm allein stehen.

Mit der von Herrn Trimborn den Lesern des „roten“ „Volksfreund“ servierten Unwahrheit, den christlichen Generälen Müller und Geier aus Augsburg sei von den eigenen christlich organisierten Mitgliedern die Tür gemessen worden, mit der Motivierung „Wir brauchen Sie nicht!“ kann Herr Trimborn und sein Anhang nur bei Unsinnigkeiten und bei solchen, deren Denkvermögen nicht weiter reicht als wie ihre Nasenspitze, noch Glauben finden. Bei der letzten Bewegung der Handwerker und Regiearbeiter in der Spinnerei, die zum weitesten größten Teile unorganisiert sind, wurden die Führer des christlichen Verbandes von Arbeitern, die dem christlichen Textilarbeiterverbande nicht angehören, gebeten, einer Betriebsversammlung der betreffenden Arbeiterkategorie nicht anzuwohnen, damit die Betriebsleitung der Spinnerei ihre Forderungen nicht ablehnen könne mit der Begründung, die Arbeiter wären von den Organisationsführern verbannt worden. Nun ist aber Tatsache, daß ganz genau dasselbe Geschehen, und zwar noch früher als an die christliche Betriebsleitung, von denselben Arbeitern an Herrn Trimborn geschehen wurde, was dieser aber jetzt wohlweislich verschweigt, weil es nicht in seinem „roten“ Agitationsstrom hineinschneit. Tatsache ist ferner, daß die Betriebsleitung des christlichen Textilarbeiterverbandes bei der letzten Bewegung der Handwerker und Regiearbeiter sowohl von christlich als wie auch von sozialdemokratisch organisierten Arbeitern auf der Geschäftsstelle um ihre Mitwirkung bei der Bewegung angegangen wurde. Tatsache ist dann auch noch, daß sogar und zwar auch wieder auf Ersuchen von christlich und auch von sozialdemokratisch organisierten Arbeitern das an die Betriebsleitung der Spinnerei eingereichte Schriftstück, das die bekannte Forderung auf Erhöhung der Löhne um 25% enthielt, von der Betriebsleitung des christlichen Textilarbeiterverbandes und auf der Geschäftsstelle dieses Verbandes angefertigt wurde. Wo wird also aus „Prinzip“ geschwindelt und unverschämten gelogen?

Die vom Herrn Trimborn „zum Gaudium des Untertanentums“ beliebte Verkleinerung des christlichen Verbandes hat er auch in seinem letzten Monstrum „christlich-sozialistischen Wutens“ nicht lassen können. Man ist das an ihm gewohnt. Es hat halt jedes Tierchen sein Bläuerchen. Ob aber damit den Interessen der um Verbesserung ihrer traurigen Lage schwer ringenden Arbeiter der Spinnerei in Gaußstraße gedient ist, überlassen wir gerne zur Beurteilung der weitesten Öffentlichkeit. Ueber die Mitgliedschaft in seinem Verbande versucht Herr Trimborn seine Anhänger durch recht viel Agitationsgeschrei und Agitationsgeschreibsel hinzuzugewinnen.

Glauchau. Die Textilindustrie im Glauchauer Bezirk läßt seit einiger Zeit viel zu wünschen übrig. Sogar in den Jahren 1907/08, also den Jahren des allgemein wirtschaftlichen Niederganges, sollen die Verhältnisse besser gewesen sein. Einzelne Fabriken haben jetzt angefangen, die Arbeitszeit zu verkürzen und viele Webstühle stehen leer. Die Ursache des schlechten Geschäftsganges liegt nicht nur in der Mode, weil jetzt die glatten Sachen vorherrschen, sondern auch zum Teil in den bestehenden Preisschwankungen der Rohmaterialien. Infolgedessen mußten die Fabrikanten eine Erhöhung der Warenpreise vornehmen, was wiederum die Kaufkraft beeinträchtigte. Am lächerlichsten trifft die schlechte Geschäftslage nicht nur Lohnnebenarbeiter, sondern auch die Arbeiter. Auch die Handweberin soll fortgesetzt zurückgehen, und die Handweber sind gezwungen, sich anderwärts nach Arbeit umzusehen.

Höfen. Auf zehn Jahre Verbandsarbeit konnte unsere Ortsgruppe bei ihrer letzten Versammlung zurückblicken. Am 18. Juli hatte sich eine große Anzahl Mitglieder zur Festversammlung eingefunden; auch mehrere wertvolle Gäste waren zugegen. Kollege Heim gab zur Einleitung einen kurzen Rückblick auf die Gründung der Ortsgruppe. Der festlichen Stimmung entsprechend brachten mehrere Kollegen passende

Musikstücke zu Gehör, was sehr beifällig aufgenommen wurde. Als Redner waren vorgelesen Kollegin Harber-Diffendorf, sowie der Präses des Arbeitervereins dort. Exzelle gab in ihren Ausführungen ein Bild von der Entwicklung des Wirtschaftslebens, von der Bedeutung der Arbeiterinnen, sowie der Lage derselben in Stadt und Land und von den sozialen Bestrebungen, um die jede Arbeiterin wissen soll. Der Schluß gipfelte darin, daß es immer mehr nötig sei, die Arbeiterinnen der christlichen Gewerkschaft zuzuführen. — Im zweiten Teil der Festversammlung sprach der Präses noch von den alten Deutschen. Diese Darbietung wurde mit besonderer Spannung entgegengenommen, denn sie bot Gelegenheit, die Entwicklung, die Geschichte des heutigen deutschen Kulturvolkes etwas verstehen zu lernen. Der Herr Redner hat seine weitreichenden Kenntnisse einer gewiß dankbaren Ehrengarde vor Verlautung gestellt. Somit nahm das Fest einen interessanten Verlauf und hat ganz wesentlich zu einer Neubelebung des Organisationsgeistes bei allen beigetragen.

Kaufbeuren. Treue der gewerkschaftlichen Organisation! Das war der Schlusssatz des Referats, das uns Kollege Köstler aus Augsburg in der Mitglieversversammlung am 15. Juli hielt. Er trat in einer schönen Rede die große Bedeutung dar, die unser christlichen Textilarbeiterbewegung in den großen sozialen Arbeiterfragen der Zeit zukomme. Der Bericht nach dem Vortrage gab die Stimmung der Versammlung treffend zum Ausdruck. Es herrscht ein guter Geist unter unseren tätigen Mitgliedern. Mögen sie nur die Werbearbeit nie aus dem Auge lassen.

Kreuzfeld. Es war schade, daß das Wetter am 2. Juli gegen Mittag regnerisch wurde und daher mancher Kollege auf die Kollektiven von ihrem Entschluß, den Ausflug unserer Ortsgruppe nach Wiesen-Süchteln mitzumachen, abgehalten worden sind. Trotzdem hatten sich einige Hundert Kolleginnen und Kollegen gegen 2 Uhr am Bahnhof eingefunden.

In Wiesen angekommen, ging es in geschlossenem Zuge mit Musik zum Biermarctum. Hier wurde eine kurze Pause gemacht, damit die Textilarbeiter hier zur Ueberwindung der Süchtelner Höhen schöpfen konnten. Auch wurden hier einige geschäftliche Angelegenheiten geregelt. Sodann ging es über die Höhen auf Süchteln zu. Wenn auch „b und zu der Regen durch das Land rieselte und dadurch die Stimmung etwas gedrüht wurde, so gab es doch wieder neuen Mut und neue Begeisterung, wenn die schönen Klänge der Musik durch den Wald schallten und weithin ihr Echo fanden.

In dem schönen Sommerloale muß fand die zweite Stärkung statt. Nach derselben ging weiter an der Jürgardkapelle und der Heiligtümer Johannisstäl vorbei zum Festloale Hülbusch in Süchteln-Vorst. Hier begann gleich ein reges Leben und Treiben. Alt und Jung amüsierte sich in der schönsten Weise. Nach kurzer Begrüßung hielt Kollege Marquardt eine Ansprache, in der er besonders auf die Anforderungen der Gegner der christlichen Gewerkschaftsbewegung hinwies, die dieselbe mit allen Mitteln bekämpfen und aufzuhalten versuchen. Demgegenüber mühten wir alle Kräfte anspannen und mit doppeltm Eifer unsere Bewegung fördern. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Süchteln, Kollege Löbges, begrüßte die Grefelder Kolleginnen und Kollegen im Namen der Ortsgruppe Süchteln. Wenn wir auch örtlich getrennt wären, so seien wir doch im Verband verbunden als Schwwestern und Brüder, die stets bereit seien, Leid und Freude miteinander zu teilen. Unsere Parole müsse sein und bleiben „Einer für Alle und Alle für Einen“. Diese Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen, ein Beweis, daß unser Zusammensein nicht nur in den gehobenen Vergnügungen seine Ursache fand. Im weiteren Verlaufe wechselten Konzert, Gesang, Vorträge mit Klavierbegleitung, woran sich besonders auch Arbeiterinnen beteiligten, sich ab und zu schnell noch vergingen manche Teilnehmer die Stunden. Um 9 Uhr schloß die Saalfeier mit einem Abschiedsgruß und einem begeisterten Hoch auf die christlichen Gewerkschaften. Mit Musik ging's dann zur Bahn, durch den äußerlich eines großen Turnfestes feierlich geschmückten Ort Süchteln. An der Bahn spielte die Musik den Abschied und nach einem kräftigen Händedruck ging's per Dampf der Heimat zu. Mit Begeisterung sprachen sich die Teilnehmer über unsere Veranstaltung aus. Sie war so recht geeignet, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und zu neuer Gewerkschaftsarbeit zu begeistern. Nun freiß auf, an die Arbeit! — Am Donnerstag den 6. Juli fand in der Reichshalle eine auf beschickte Vorstande- und Vertrauensmännerversammlung unserer Ortsgruppe statt. Dieselbe befaßte sich unter anderem mit einem Artikel der anarcho-sozialistischen „Einigkeit“ herbeizuführen der Samtweberbewegung. An einer Stelle des genannten Artikels wird verurteilt, den Kollegen Marquardt zu verdächtigen, als habe er anlässlich einer Unterredung mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes die Interessen der Samtweber verfehlt. Nach kurzer Diskussion und Klärung des Sachverhaltes erklärte der Vorstand und Vertrauensmännerversammlung einstimmig, daß der Kollege Marquardt vollständig korrekt gehandelt habe und die Schreiberei der „Einigkeit“ eine Umstellung des wirklichen Sachverhaltes sei. Ebenso einstimmig wurden alle Anwesenden der Ansicht, daß es keinen Zweck habe, der „Einigkeit“ eine Antwort zu erteilen. Ueberhaupt lohne es sich nicht der Mühe, auf derartige Presseerzeugnisse dieses Organs einzugehen. Im übrigen sei der Stellungnahme der erwähnten Zeitung noch angefügt, daß wir aus Mitgliederzeiten der „Freien Vereinigung“ gebeten worden sind, auf den fraglichen Artikel der „Einigkeit“ nicht einzugehen. Auch haben Mitglieder der „Freien Vereinigung“ den Artikel ihres Organs als unrichtig bezeichnet. Wir haben uns bis jetzt bemüht, die in der Sache verwickelten Mitglieder der „Freien Vereinigung“ zu schämen, wir werden dieses auch in Zukunft so viel wie möglich tun, erklären aber gleichzeitig, daß wir in keiner Weise eine Klärung zu fürchten haben.

Leutersdorf i. Sachsen. Am Sonnabend, den 15. Juli, hielt unsere Ortsgruppe eine gemeinsame Versammlung mit der Ortsgruppe des christlichen Schuh- und Lederarbeiterverbandes ab. Der Besuch war ein guter zu nennen. Auch die Kolleginnen waren zahlreich erschienen. Der Bezirksleiter Klauß vom christlichen Schuh- und Lederarbeiterverband referierte über: „Die Strömungen in Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen“. Redner zeigte, wie die Organisationen der Arbeitgeber in den letzten Jahren gewachsen seien. Dieses zeige nicht allein die äußere, sondern auch die innere Entwicklung. Die Arbeiterschaft müsse aus dieser Entwicklung die richtige Lehre ziehen. Die richtige Lehre sei die innere und äußere Festigung unserer Gewerkschaften. Ferner beleuchtete er die Strömungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, auch hier in Sachsen für die Ausbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens weiterhin tätig tätig zu sein. Kollege Referat berichtete sodann noch über die Bewegung bei der Firma Heinrich in Dörs. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dörs i. Sachsen. Die letzten Ereignisse in Dörs und welche Bedeutung haben dieselben für die Zukunft der Dörsiger Arbeiterschaft war das Thema, das Kollege Pader in unserer letzten Versammlung in Köntzshain behandelte. Redner führte etwa folgendes aus: Schon vor Jahrzehnten hat die Industrie in Dörs ihren Einzug gehalten. Mit demselben Zeitpunkt entstand auch hier der industrielle Arbeiterstand. Die Arbeiterschaft hat sich früher zwar um alles andere, aber nicht um ihre eigenen Standesfragen gekümmert. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind bis jetzt einseitig von den Arbeitgebern festgesetzt worden. Diese haben wenig Rücksicht auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter genommen. Letztere haben von ihrem gesetzlich gewährleisteten Recht fast keinen Gebrauch gemacht. Das Koalitionsrecht war ihnen fast völlig fremd. Bis vor einigen Monaten war nur ein kleiner Vorkämpfer organisiert. Daher sind auch hier noch die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Endlich fing es auch in Dörs an zu dämmern. Die deutsche Arbeiterbewegung machte auch vor Dörs nicht Halt. Die hiesige Arbeiterschaft war auch zu der Erkenntnis gekommen, daß der bisher betretene Weg für die nachkommende Generation zum Ruin führen würde. Der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation hat hier in den letzten Monaten Wurzel gefaßt. Ein Teil der Arbeiterschaft trat den beiderseitigen hier bestehenden Organisationen bei, um an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitwirken zu können. Trotzdem wir also noch von einer verhältnismäßig jungen Organisation reden können, waren wir doch bereits in ernste Kämpfe verwickelt. Redner schilderte dann den Verlauf und die Begleiterscheinungen bei der Bewegung der Firma Wüstow Heinrich in Dörs. Die Bewegung habe einen Wendepunkt in der Geschichte der Dörsiger Arbeiterschaft. Während man bisher immer tatenlos zugehört habe, haben die Arbeiter bei dieser Firma zum äußersten Mittel greifen müssen, um ihre Lage zu verbessern. Diese Bewegung sei der erste Schritt zur Besserung gewesen. Wenn auch nicht alles erreicht ist, so bringe sie doch für die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen einmalige Erfolge. Zum Schluß forderte er auf, auf dem einmal betretenen Wege weiter zu arbeiten, er zeigte besonders noch, welche Lehren wir aus diesem Kampfe ziehen müssen. Die Bewegung habe gezeigt, daß die christlichen Gewerkschaften ernstlich befreit sind, an der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuarbeiten. Die Versammlung nahm einen recht einmütigen Verlauf. Nach Aufnahme einiger Mitglieder wurde sie vom zweiten Vorsitzenden, Kollegen Bergmann, geschlossen.

Am 12. Juli fand eine Ortsversammlung in Grunau bei Dörs statt. Dieselbe zeigte, daß auch in Grunau der alte gute gewerkschaftliche Geist lebt. Auch hier referierte Kollege Pader über das vorgenannte Thema. Die Versammlung verlief ebenfalls recht einmütig. Beide Versammlungen haben bewiesen, daß es den Arbeitern und auch den Arbeiterinnen von Dörs und Umgegend ernst ist mit unserer Organisation. Offenlich werden sie in der Agitation nicht erlahmen. Ein großes Heer von Unorganisierten steht uns noch gegenüber. Sie bilden den Hemmschuh der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen ernstlich mitarbeiten, wird das gesteckte Ziel jedoch in nicht allzuferner Zeit erreicht sein.

Schirgiswalde i. Sachsen. Wenn es um diejenigen am besten bestellt wäre, von denen die breite Öffentlichkeit am wenigsten erfährt, so mühten unsere Schirgiswalder Kollegen und Kolleginnen die glücklichsten Menschen von der Welt sein. Wer aber mal einen Einblick in die Lebens- und Erwerbsverhältnisse der hiesigen Textilarbeiter getan hat, wird eines anderen belehrt. Als einziger Betrieb am Orte kommt eine Filiale der Firma Wünicke-Erben aus Oberbach in Frage. Wir sind nun nicht diejenigen, welche nur von der Kritik leben. Darum wollen wir das weitere Verhalten der Firma und deren Vertreter abwarten. Sollte man uns jedoch zwingen, so werden wir nicht scheuen, die Verhältnisse in diesem Betriebe einer zwar sachlichen, aber eingehenden Kritik zu unterziehen. Für heute wollen wir nur eine ernste Frage an die Arbeiterschaft von Schirgiswalde richten. Wer ist schuld an eurer jetzigen schlechten Lage? Fragt euch selbst? Ist es nicht eure eigene Gleichgültigkeit, euer Indifferenzismus, eure falsche Sparsamkeit? Habt ihr euch schon mal ein mal ernstlich mit euren Standesfragen beschäftigt? Habt ihr nicht bisher alles, was euch von der Firma geboten wurde, willig hinzunehmen lassen?

An einen energischen Widerstand müßt ihr wegen der Uneinigkeit in euren eigenen Reihen noch niemals denken können. Ein Blick über die Vergangenheit muß euch belehren, daß der bisher begangene Weg euch und euren nachkommenden Generationen nicht zu einem gewissen Wohlstande führen kann. Jahrelang habt ihr die treuen Mitglieder unseres Verbandes als Dummköpfe, ihre Mitgliedsbeiträge als weg-geworfenes Geld bezeichnet. Wie weit seid ihr „klugen“ Menschen nun selbst gekommen? Selbst die Frauen sind der Familie durch die Fabrikarbeit entrisen worden! Doch die wackeren Kämpfer für unsere Organisation wollen nicht Wöses mit Wösem vergelten! Die letzten Ereignisse haben uns wieder Anlaß gegeben, euch die Bruderhand entgegen zu reichen. Entscheidet nun selbst! Wollt ihr jetzt einen besseren Weg betreten? Die Entscheidung legen wir in eure Hände. An unsere Kollegen und Kolleginnen aber richten wir die dringende Bitte, in der Agitation nicht zu erlahmen. Einmal muß die Zeit kommen, wo auch die Arbeiter und Arbeiterinnen von Schirgiswalde zur Einsicht kommen werden. Darum — vorwärts! !

Spremberg (Lausitz). In unserer Ortsgruppe herrscht ein guter gewerkschaftlicher Geist. Das zeigte unsere Versammlung am 11. Juli im „Bürgerhaufe“. Sie war ziemlich gut besucht. Zunächst wurde beschlossen, am 7. Oktober das Stiftungsfest zu feiern. Dann hielt der Bezirksleiter einen Vortrag über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Ueber diesen Punkt und über die Einführung eines Sozialbeitrages wurde rego diskutiert. Alle Mitglieder waren der Ansicht, daß für örtliche Ausgaben in Zukunft die Zentralkasse nicht in Anspruch genommen werden könne. Einstimmig wurde beschlossen, einen Extrabeitrag von 5 Pfg. monatlich zu erheben. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur regen Agitation auf. Die Mitgliederzahl ist im langsamen aber stetigen Wachsen begriffen. Es gibt noch Hunderte in Spremberg zu organisieren. Deshalb: Vorwärts zur regen Werbearbeit!

Soziale Rundschau.

Einkommen und Mietsleistung. Das Verhältnis vom Einkommen und Wohnungsgröße zur Miete war Gegenstand von Untersuchungen, die in den letzten Jahren von mehreren deutschen Städten veranstaltet wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen hat das Reichsstatistische Amt verarbeitet und in jüngster Zeit im „Reichsarbeitsschrift“ veröffentlicht. Trotz aller Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Städten zeitigte das Material über das Verhältnis von Einkommen und Miete einwandfrei folgende zwei wichtige allgemeine Ergebnisse: 1. je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, die er im Verhältnis zu seinem Einkommen für die Wohnung verausgaben muß. Je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete; 2. der Anteil der Miete ist bei den kleinen Einkommen gestiegen, bei den großen gesunken. Ueberblickt man die Ergebnisse der Untersuchungen über das Verhältnis zwischen Wohnungsgröße und Miete in den einzelnen Städten, so findet man überall, daß der Mietspreis für einen Kubikmeter in den kleineren, am düftigsten ausgestatteten Wohnungen besonders hoch ist. Je kleiner die Wohnung, um so teurer ist sie im Verhältnis zum Gebotenen zu bezahlen. Die kleinste Behausung von 10 Kubikmetern Luftraum ist fast fünfmal so teuer wie die etwa zwanzigmal so große Wohnung von etwa 220 Kubikmeter. Die Kleinwohnungen, auf welche die große Mehrheit der Bevölkerung angewiesen ist, sind verhältnismäßig um so billiger, je größer sie sind; die größeren Wohnungen aber sind verhältnismäßig billiger als die kleineren Wohnungen. Daraus geht hervor: je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete.

Die kommunale Arbeitslosenversicherung in Mülhausen (Elsas). Diese gelangte auf Antrag des christlichen Gewerkschaftsrates und unter Mitwirkung der Vertreter der amtlichen Arbeiterchaft im Gemeinderat am 1. Januar 1909 zur Einführung. Sie ist der Straßburger Arbeitslosenversicherung (Genter System) nachgebildet. Der von der Stadt festgesetzte jährliche Zuschuß beträgt 2000 M. Die Unterstützung, die nur an gemeinschaftlich organisierte Arbeiter bezahlt wird, beträgt für Alleinstehende 70% und für Familienerröhner 80% der gemeinschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Der Höchstbetrag ist 1 M. pro Tag. Im vorigen Geschäftsjahr waren 19 Verbände angeschlossen, von denen 9 die städtische Unterstützung in Anspruch nahmen. Ingesamt gewährte die Stadt für 1591 Arbeitslosentage 1506,48 Mark Unterstützung, während die Gewerkschaften 6761,86 Mark verausgabten. Die Kasse wurde am meisten von den Buchdruckern in Anspruch genommen. Nach dem Bericht wirkte die vorgesehene Kontrolle befriedigend. Jeder unberechtigte Bezug von Unterstützung sei ausgeschlossen. Zweifelhafte Fälle konnten stets ohne Inanspruchnahme des Schiedsgerichts befriedigend erledigt werden.

Industriespionage. Auf einer Konferenz evangelischer Arbeitersekretäre Saagens wurde berichtet, daß zur Zeit einige Amerikaner in Deutschland weilen, um unter heimlichen Versicherungen Einblick in unsere deutschen Industrieverhältnisse, namentlich in die Produktion textiler Erzeugnisse zu bekommen. Die Konferenz warnt entschieden vor diesen Amerikanern, die auf nicht andere als auf eine Industriespionage ausgingen, um ihre gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen in eigener Lande zum Schaden unserer deutschen Textilindustrie zu verwenden.

Derartige Spionage sind gar nicht selten. Im „Tag“ vom 20. Juli er. führt Richard Nordhausen einige Fälle auf, die beweisen, daß vielfach den Deutschen in ihren bekannten Gutmütigkeit das Fell über die Ohren gezogen wurde, indem sie aufstandslos fremden Einblick in ihren Produktionsprozeß und sogar in ihre Fabrikationsgeheimnisse gewährten. Er erinnert ferner an die Japaner, die die Güte unserer deutschen Hochschulen vorzüglich auszunutzen verstanden, um in ihrem Lande eine starke Industrie zu begründen. Ramentlich sind die Textilhochschulen viel von Japanern besucht. Dann haben wir noch wenig davon gehört. Wenn die Japaner große Aufträge zu vergeben haben, gehen sie lieber nach England. So kürzlich noch bei der Vergebung von Wasserläufen für bedeutende Eisenbahnstrecken, wo man die deutsche Konkurrenz in ganz raffiniertes Weise auszuscheiden verstand. Das ist der Daim des Heinen „Jap“.

Ein interessantes Gegenstück zu der deutschen Arbeitslosigkeit erblickt der eingangs erwähnte Richard Nordhausen in dem „Tag“-Artikel. Es sind vor einigen Wochen einige deutsche Arbeiter nach England gereist. Stadtratsweise haben, wie man sagt. In das der Fall gewesen, so hat John Bull sie gründlich erantastet. Denn in dem längeren Bericht über die Fahrt heißt es: „Interessant ist die Tatsache, daß man den deutschen Arbeitern, vor deren Beobachtungsgabe die englischen Fabrikanten erweisend große Angst haben, manche Aufklärung vorenthielt. So hütete man sich in Bourneville, den Gästen die Schmelzfabrik selbst zu zeigen; nur im Nachraum und die Gießereidreherei wurden sie geführt. Bei der Besichtigung von Webersden in Northampton wurden die deutschen Arbeiter ausdrücklich ausgeschlossen. . . . Von den überreichlich geborenen Tafelgästen dagegen wurde niemand ausgeschlossen.“ Merry Old England weiß leben zu lassen, sorgt aber gleichzeitig auch für das eigene Leben.

Sein Verhältniß wird ihm seine vorzügliche Zurückhaltung verüben, und es bliebe nur der Rumpf übrig, daß man in Deutschland endlich allgemein dem vortrefflichen Beispiele folgen möge.

Wir können es dem Fremdling von Herzen, so läßt Nordhausen seinen Artikel, daß er sein Wissen auch uns bereichere. Nur sollten wir ein wenig

des dervben Bistwortes gedenken: „Es ist nicht recht, daß man seinen Feinden das Brot nehme und werfe es vor die Hunde!“ Nur sollten wir das weise englische Beispiel Bourneville usw. nicht ganz gering achten.

Versammlungskalender.

- Amerz-St. Georg.** 30. Juli, 1/2 11 Uhr, bei Wm B. Clafen, Generalversammlung.
- Betrath.** 29. Juli, 9 Uhr, bei Rudolf Geratz.
- Bocholt.** 30. Juli, 10 Uhr, im Arbeitervereinshaus, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- 30. Juli,** im Arbeitervereinshaus St. Paulus, Arbeiterinnenversammlung.
- Braub.** 30. Juli, 11 Uhr, bei Songenberg.
- Cuppen.** 29. Juli, 9 Uhr, bei Martin Berg, Neupräze, Generalversammlung.
- M.-Glabbach-Eicken.** 29. Juli, 8 Uhr, bei Heinrich Nießen, Eickenstraße.
- Greifath.** 30. Juli, 11 Uhr, bei Wlfh. Kempges.
- Greiz.** 28. Juli, 8 1/2 Uhr, im Burgkeller.
- Gerunges-Dahl.** 29. Juli, 9 Uhr, bei Wm. Joh. Wagens.
- Hülse.** 30. Juli, 11 Uhr, bei Angenlauf.
- Jungenbroich.** 6. August, 5 Uhr, bei Heinrich Förster, in Sicherheit, Generalversammlung.
- Lufenswalde.** 28. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Meß am Markt.
- Meßum.** 30. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Joseph Borcharding, Generalversammlung.
- Neersen.** 29. Juli, 9 Uhr, bei Franz Köppen.
- Reinverf.** 29. Juli, 9 Uhr, bei Kommerstirchen, Markt.
- Rheindahlen.** 30. Juli, 10 Uhr, bei Böcker, oben, Quartalsversammlung.
- Rheinrt.** 6. August, 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchnerstraße 55, Generalversammlung.
- Spremburg (Lauß).** 8. August, 8 Uhr im „Bürgerhaufe“.
- Schießahn.** 30. Juli, nach dem Hochamte, bei W. Pohnen.
- Wald.** 30. Juli, 11 1/2 Uhr, bei Arnold Gildissen.
- Vinrath.** 30. Juli, 11 Uhr, bei Wlfh. Hermann.
- Wathrim.** 6. August, 6 Uhr, bei Hubert Meyer.
- Wirteten.** 30. Juli, gleich nach dem Hochamte bei Kornelius Schümmer an der Kirche, Generalversammlung.

Bekanntmachung.

Durch Beschlußfassung der ordentlichen Generalversammlung vom 6. März 1910 des Konsumvereins „Eintracht“ zu Koeigen, e. G. m. b. H., ist vorgenannter Verein aufgelöst. Zu Liquidatoren wurde der bisherige Vorstand ernannt. Koeigen, den 15. Juli 1911.

Die Liquidatoren:

(1,80 M.) Peter Johnen, Hubert Förster, Aloys Kreiß.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 6. März 1910 des Konsumvereins „Eintracht“ zu Koeigen e. G. m. b. H. aufgelöst. Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen an die Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Die Liquidatoren:

(2.— M.) Peter Johnen, Hubert Förster, Aloys Kreiß.

III. Agitationsbezirk Hagen.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 13. August in Pöven im Restaurant „Zum Franziskaner“, Hauptstraße Nr. 6, statt. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach den Bestimmungen des § 40 unseres Verbandsstatuts. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!
Ewald Weber, Bezirksleiter.

VI. Verbandsbezirk Münster.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 3. September, in Münster statt. Die Ortsgruppenleiter mögen die nach § 40 erforderlichen Wahlen vornehmen lassen. Lokal und Tagesordnung wird den Delegierten noch zugeleitet.

Mit kollegialem Gruß!
Die Bezirksleitung: H. Camps.

IX. Agitationsbezirk Brandenburg-Sachsen-Schirringen.

Die diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenzen finden wie folgt statt:

- Sau Bogiland:** Am 20. August, morgens 10 Uhr zu Glauchau im Lokale „Reiterhaus“, Hauptstraße.
- Sau Niederlausitz:** Am 27. August, morgens 10 Uhr zu Forst im Restaurant „Zum Prälaten“, Gerberstraße.
- Sau Oberlausitz:** Am 10. September, morgens 10 Uhr zu Schirringwalde im Hotel „Weintraube“.

Die Tagesordnung wird den Ortsgruppen noch zugeleitet. Die Wahl der Delegierten regelt sich nach § 40 des Statuts.

Mit kollegialem Gruß!
Germann Sparenberg, Bezirksleiter.

XI. Bezirk Augsburg (Südbayern).

Unsere Bezirkskonferenz findet bereits am 6. August statt. Die Ortsgruppen sind gebeten, unverzüglich die nötigen Wahlen (nach § 40 des Statuts) vorzunehmen. Alles Nähere wird uns bekannt gegeben.

Die Bezirksleitung.

Bezirk Straßburg.

Am Sonntag, den 13. August, morgens 11 Uhr findet die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Konferenz tagt in Straßburg in der Wirtschaft „Zum Anker“, Steinstraße. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand und die Agitation im Bezirk. Referent: Der Bezirksleiter. 2. Die Jugendfrage in den christlichen Gewerkschaften. Referent: Fritz Straß-Lambrecht. 3. Referat eines Mitgliedes des Zentralvorstandes. 4. Neuwahl des Bezirksleiters.

Die Ortsgruppen werden febl. ersucht, die nach § 40 des Statuts (Ortsgruppen bis zu 200 Mitglieder einen) Delegierten zu entsenden.

Mit kollegialem Gruß!
Wlfh. Köhling, Bezirksleiter.

Literarisches.

Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. Abonnementspreis für den Band von sechs Heften 18 Mark, Einzelhefte 3,50 Mark. Diese Zeitschrift, die im Juni ihr erstes Heft herausgegeben hat, erscheint im Verlage von Julius Springer. In einem dem ersten Heft beigegebenen Prospekt heißt es:

„Die Arbeit dieser Zeitschrift wird einen streng wissenschaftlichen Charakter haben und vollkommene Unabhängigkeit nach allen Seiten betätigen, um eine objektive Erkenntnis in sozialen Dingen zu erreichen und allen denen, die an den politischen und sozialen Kämpfen sich beteiligen, eine zuverlässige Basis für ihre Tätigkeit zu geben.“

Im speziellen werden die Annalen ihrer Aufgabe dadurch zu genügen suchen, daß sie

1. alle schwebenden Fragen in der Form selbständiger Aufsätze und Abhandlungen erörtern;
2. alle wichtigen Gesetzentwürfe und Gesetze einer kritischen Betrachtung unterziehen, und zwar in erster Linie auf Grund der Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens;
3. in einer regelmäßig wiederkehrenden sozialpolitischen Rundschau für jedes Land zusammenfassende Uebersichten über die Einzelgebiete der sozialen Politik und sozialen Verwaltung liefern. Diese Rundschau wird sich beziehen auf die Darstellung der sozialen Zustände, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, die Angestelltenbewegung, die Unternehmerverbände, die Entwicklung der Trusts und Kartelle, die Genossenschaftsbewegung, die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die Wohnungsfrage, die soziale Hygiene, die Sozialpädagogik, die soziale Kommunalpolitik, die Frauenfrage. Für die genannten Spezialgebiete sind bereits in den meisten Ländern Sachmänner, die sie vollkommen beherrschen, zur ständigen Berichterstattung gewonnen; andere Gebiete werden sich anschließen;
4. für die wichtigsten Erscheinungen der sozialpolitischen und sozialstatistischen Literatur gründliche Besprechungen geben werden.

So sollen die Annalen zu einem umfassenden kritischen Repertorium für die soziale Politik und soziale Gesetzgebung werden, in denen jeder an den sozialen Vorgängen interessierte reiche Belehrung finden wird mit dem Ziel, positive und fruchtbare Tätigkeit zu ermöglichen und zu unterstützen.

Inhaltsübersicht des ersten von jeder Buchhandlung wie vom Verlag zu beziehenden Heftes: Die Aufgabe der Annalen. Vom Herausgeber. Die Reichszunachstener von sozialpolitischen Gesichtspunkten. Von dem Senatspräsidenten des preussischen Oberverwaltungsgerichts Wirtlichen Geheimen Oberregierungsrat Dr. Georg Strub, in Berlin. Die Organisationsarbeit der Arbeiter. Von Dr. Adolf Braun, in Wien. Eine neue Form gleitender Lohnskalen in England. Von Prof. Dr. Robert Nießmann, in Freiburg i. B. Die Beschäftigung der proletarischen Bevölkerung. Von Dr. H. Kaczynski, Direktor des statistischen Amtes, in Schöneberg. Soziale Gesetzgebung: Deutsches Reich. Der Entwurf des Hausarbeitengesetzes. Von Prof. Dr. Robert Wilbrandt, in Tübingen. Oesterreich. Das Wohnungsgesetz. Von Dr. Dr. Karl Johannes Fuchs, in Tübingen. Sozialpolitische Rundschau: Die Gamifikation der deutschen Gewerkschaften. Von Paul Kampffmeyer, in München. Zur jüngsten Entwicklung der Arbeitervereine. Von Dr. Gerhard Heßler, in Berlin. Literatur: Neuere sozialpolitische Literatur. Von Prof. Dr. Robert Schachtel, in Jena.

Inhaltsverzeichnis.

Taten! — Artikel: Agitationsarbeit. — Sozialdemokratische Wahrheit. — Die Arbeiter, die ich liebe. . . — Die Reichsversicherungsordnung. — Die Lage des italienischen Textilindustrie und Textilarbeiter. — Kritiken: Ein Besuch der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden. — Aus der Arbeiterbewegung: Sachliches Sekretariat des Gesamtverbandes. — Chronik: Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften. — Professorenweisheit über die christlichen Gewerkschaften. — Die rote Internationale. — „Freund“ oder „Feind“ der Gewerkschaften. — Der 9. Weltverein christlicher Bergarbeiter. — Wie die sozialdemokratischen Streikerfolge zulaufen! — Eine „Berliner“ Episode. — Ein sozialdemokratisches Schwundstück vor Gericht. — Zwei „rote“ Prekstituten. — Gewerkschaftliche Revolutionäre. — Präjudizien der Gewerkschaften. — Aus unserer Industrie: Eine beachtenswerte Rechnung. — Belgien: Ein und Ausfuhr in Textil-Erzeugnissen. — Statistik der Saatk- und Seidenindustrie. — Das erste Halbjahr 1911 und die deutsche Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiet: Zur Frage der Sozialbeiträge. — Arbeitslosen-Berichterstattung. — Flugblätter! — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Glauchau. — Pöven. — Kaufbeuren. — Greisdorf. — Leutersdorf i. Sachsen. — Oßris i. S. — Schirringwalde i. S. — Spremburg (Lauß). — Soziale Rundschau: Ein kommen und Mietsleistung. — Die kommunale Arbeitslosenversicherung in Mülhausen (Elsas). — Industriespionage. — Versammlungskalender. — Bekanntmachungen. — Literarisches.